

16. isw-forum

Ulla Jelpke, Christina Kaindl, Conrad Schuhler

Neoliberalismus Demokratieabbau Neofaschismus



Schutzgebühr: 2,50 Euro

isw **REPORT NR. 74**

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Impressum

isw-report 74, Juni 2008

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Herausgeber:

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Tel. 089/130041 Fax: 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Redaktion:

Conrad Schuhler (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Titelblattgrafik: Bernd Bücking

Layout Monika Ziehaus

Schutzgebühr: 2,50 EUR

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
vorheriger Genehmigung des isw e.V.

Inhalt

Editorial	2
Conrad Schuhler Neoliberalismus – Konzept und Praxis eines "autoritären Kapitalismus"	3
Christina Kaindl Antikapitalismus als Erfolgskonzept für die Extreme Rechte?	9
Ulla Jelpke Demokratieabbau, Neofaschismus – und demokratische Gegenkräfte	17

editorial

Der neoliberale, marktradikale Kapitalismus hat in den letzten Jahren immer mehr seine autoritären Tendenzen entblößt, was er in der jetzigen Phase des Bröckelns seiner "Hegemonie", seiner ideologischen Vorherrschaft und damit der Zustimmung oder Hinnahme von Seiten der Bevölkerung, noch verstärkt. Einerseits werden die sozialen Funktionen des Staates drastisch beschnitten, andererseits wird – damit korrespondierend – der "Sicherheitsapparat" ständig weiter ausgebaut. Wir sind auf dem Weg zum permanenten Ausnahmezustand, einem dichten Überwachungsstaat, der jeden möglichst exakt kontrollieren will und dem solche, die sich der Kontrolle entziehen wollen, erst recht verdächtig sind.

Der globale Marktradikalismus sorgt für eine schnelle Verbreitung der Armut und eine wachsende Angst vor der Zukunft, ökonomische und politische Grundlagen der Zustimmung zu rechtsextremistischen Politikoptionen. Der Sozialstaat alter Prägung ist geborsten, das rechtsextremistische Angebot einer "solidarischen Volksgemeinschaft" kommt bei immer mehr Verlierern dieser Art von Globalisierung an.

Auf seinem 16. Forum hat das isw den Zusammenhang von Neoliberalismus, Demokratieabbau und Neofaschismus wie auch die Frage untersucht, welche Antworten Demokraten auf diese Entwicklung geben können.

Conrad Schuhler analysiert zunächst die weltanschaulichen Grundlagen des Neoliberalismus anhand der Aussagen seines "theoretischen Ahnherrn" von Hajek. Für diesen muss der Markt absolut uneingeschränkt sein, der Staat hat sich aus dem "Siebungsvorgang" auf den Märkten strikt herauszuhalten. Nur so könne es zur optimalen Auslese von Oben und Unten kommen. Der Demokratie müssten dort Grenzen gesetzt werden, wo die politische Mehrheit in diesen Ausleseprozess eingreifen wolle. Das höchste Ziel sei nicht die Demokratie, sondern die Freiheit der Marktteilnehmer. Schuhler ortet die Schnittstellen zwischen diesem "autoritären Kapitalismus" und dem Rechtsextremismus/Faschismus, der mit seiner erklärten Demokratie- und Ausländerfeindlichkeit und seiner anthropologisch begründeten Vorstellung einer prinzipiellen Ungleichheit dem Marktradikalismus zuarbeitet. Der behauptete "Antikapitalismus" der NPD sei in Wahrheit ein "völkischer Kapitalismus", der von konsequenten systemsprengenden Lösungen sozialistischer Qualität abhalte.

Christina Kaindl zeichnet nach, wie Parteien der Rechten in Europa sich seit den 1990er Jahren wandelten von Vertretern radikaler neoliberaler Positionen zu Kritikern von Kapitalismus und Globalisierung. Vielerorts ist es der extremen Rechten gelungen, mit ihren Vorstellungen eines "völkischen Wohlfahrtsstaatsbewusstseins" als "die" Systemopposition zu erscheinen. Diese Position könne die Linke nicht zurückdrängen, indem sie selbst das Nationale besetzen wolle oder zu einer völlig aussichtslosen Verteidigung des Nationalstaates gegen die Globalisierung antrete. Es gebe auch kein Zurück zum fordistischen Wohlfahrtsstaat, sei er nun sozialistischer oder sozialdemokratischer Prägung. Vielmehr müsse die Linke solidarische Vergesellschaftungsformen auf globalem Niveau formulieren. Dies dürfe nicht auf den Versuch hinauslaufen, den früheren Korporatismus von Deutschland nun auf die EU zu verlagern. Wolle man auf der Höhe der aktuellen kapitalistischen Produktionsweise argumentieren, dann gehe es um eine Perspektive der Organisation von Kämpfen entlang der über den Globus gestreuten Verwertungsketten.

Ulla Jelpke beschreibt den sich beschleunigenden Demokratieabbau und die wachsende Bedrohung durch den organisierten Neofaschismus. Dass die Trennung von Polizei und Militär und auch die von Polizei und Geheimdiensten nach und nach abgebaut wird, liege nicht zuletzt daran, dass Deutschland die Heimatfront des so genannten Kriegs gegen den Terror sei. Wer der Meinung sei, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt, wer keine Landesgrenzen für den Einsatz seiner Armee respektieren wolle, warum sollte der ausgerechnet vor der eigenen Landesgrenze halt machen. Dass faschistische Vorstellungen von einem "starken Staat" mittlerweile bis in die Mitte der Gesellschaft reichen, belegen neue empirische Untersuchungen. Für Jelpke ist auch die Linke mit eigenen Versäumnisse dafür verantwortlich. Wenn Linke sich z.B. in neoliberale Regierungspolitik einspannen ließen, dürfe man sich nicht wundern, wenn sich Neofaschisten als einzige Opposition gegen die neoliberale Globalisierung aufspielen können. Wenn die Linke konsequent antikapitalistisch auftrete und die soziale Frage wieder zu ihrem Kernthema mache, habe sie den Kampf gegen den Faschismus schon zur Hälfte gewonnen.

Conrad Schuhler

Neoliberalismus – Konzept und Praxis eines "autoritären Kapitalismus"

Drei Aspekte sollen im Folgenden erörtert werden:

1. Der ideengeschichtliche, theoretische Hintergrund des Neoliberalismus. Von welchem Menschenbild, welcher Gesellschaftsvorstellung geht er aus? Wie steht er zu Fragen der Demokratie, von Freiheit und Gleichheit? Wie wurden marktradikale Grundsätze in die Struktur der deutschen Gesellschaft eingebracht und verankert?
2. Welche Affinitäten bestehen zwischen Marktradikalismus und Rechtsextremismus? Wie passen Neoliberalismus und Faschismus/Rechtsextremismus heute in Deutschland zusammen?
3. Inwiefern produziert der Neoliberalismus soziale Bedingungen, die das Wachstum, die politische Relevanz von Faschismus und Rechtsextremismus in Deutschland erhöhen bzw. beschleunigen?

1. Die weltanschaulichen Grundlagen des Neoliberalismus

So wie sich Sozialisten aller Couleurs auf Karl Marx beziehen, so haben auch die Neoliberalen einen theoretischen Ahnherrn. Sein Name ist Friedrich August von Hayek. Selbst Österreicher, wuchs er als Ökonom auf in der "Wiener Schule", die das Grenznutzenprinzip gegen die Marxsche Werttheorie entwickelte. In den dreißiger Jahren emigrierte Hayek nach England, später in die USA. 1962 kehrte er nach Deutschland zurück, jetzt Mentor der "Freiburger Schule", der sog. Ordo-Liberalen, deren Wortführer übrigens auf einer Konferenz in Paris 1938 den Begriff "Neoliberalismus" einführten. 1974 erhält Hayek den Nobelpreis, ein klares Indiz, wohin sich Wirtschaftstheorie und -politik zu entwickeln hätten; ein Jahr, nachdem die Faschisten in Chile die Demokratie weggeputscht und Milton Friedman und seine Chicago-Boys ins Land geholt hatten. Friedman war der Konkurrent Hayeks im Wettbewerb um die geistige Führung der Neoliberalen.

Hayeks Hauptwerk, das 1944 herauskam, trägt den Titel: Der Weg zur Knechtschaft. Es ist gewidmet "den Sozialisten in allen Parteien". Der zynische Gruß meint gleichermaßen die Anhänger des Nationalsozialismus wie des Kommunismus, die Hayek für Geschwister in ein und der selben Familie hält. Hayeks Buch wurde übrigens von seinem vermeintlichen Antipoden, John Maynard Keynes, "in tief bewegter Übereinstimmung" aufgenommen.

Hayek ist also ein Vertreter der sog. Totalitarismus-Theorie, die Faschismus und Sozialismus auf eine Stufe stellt, und die in den Vierzigern und späteren Jahrzehnten eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus spielte (und in der Reinwaschung des Kapitalismus als Quelle und Nutznießer des Faschismus). Darin hatte Hayek schon einige prominente Vorläufer, unter ihnen Eric Voegelin und Raymond Aron, die bis in die siebziger Jahre in der Politologie und Soziologie unseres Landes von herausragender Bedeutung waren. Beide sahen in den von ihnen als totalitär wahrgenommenen Ideologien säkulare Religionen. Die menschliche Kreatur, die sich immer als ungenügend und erlösungsbedürftig erfahre, schaffe sich in einer säkularisierten Welt neue Religionen. Gott verschwinde, an seine Stelle trete nun für die ersehnte Erlösung entweder die Klasse, wie bei den Kommunisten, oder die Rasse, wie bei den Faschisten. Dies müsse unzweifelhaft zur Katastrophe führen, da der unvollkommene Mensch sich so selber zum Schöpfer und Richter über die Menschheit erhebe. Nur eine Rückbesinnung auf die christlichen Werte, meinte Voegelin, könne die große Katastrophe verhindern.

Der Markt als "Siebungsvorgang" letzter Instanz

Für Hayek sind diese christlichen Werte, ist Gott nicht von Belang. Er hat einen anderen Bezugspunkt für alles, was das menschliche Zusammenleben im Kleinen wie im Großen regeln soll: den Markt. Nur der offene, absolut uneingeschränkte Markt sorge für einen "Siebungsvorgang" der Teilnehmer in zu Recht erfolgreiche und ebenso zu Recht erfolglose, der schrankenlose Wettbewerb sei das "Entdeckungsverfahren", das Findigkeit und Leistungswillen des Einzelnen zum Wohle der Gemeinschaft nutzt. Der Staat hat sich aus diesem Kampf auf den Märkten und ihren "Siebungsvorgängen" strikt heraus zu halten, weshalb nach Hayek der Demokratie Grenzen gesetzt werden müssen. "Die heutige Mode, die Demokratie als den bedrohten Eckpfeiler unserer Zivilisation hinzustellen, hat ihre Gefahren ... nicht der Ursprung, sondern die Begrenzung der Regierungsgewalt bewahrt sie vor Willkürherrschaft." Das höchste Ziel, sagt er, ist die Freiheit, nicht die Demokratie. Deshalb wendet sich Hayek nicht nur gegen den "totalitären" Sozialismus, sondern gerade so gegen den "schleichenden Sozialismus", worunter er das versteht, was damals "Wohlfahrtsstaat" und später Sozialstaat ge-

nannt wurde. Für die Verlierer, die Ausgesiebten, hält Hayek folgenden Trost bereit: "Die Tatsache, dass die Chancen, die dem Unbegüterten in einer Marktwirtschaft offen stehen, weit geringer sind als die des Reichen, hat nicht den geringsten Einfluss darauf, dass der Arme in einer solchen Gesellschaft viel freier ist als ein Reicherer unter einem anderen Gesellschaftstypus ... Abgesehen davon aber, dass auch der Arme reich werden kann, ist die Marktwirtschaft das einzige Wirtschaftssystem, in dem dies lediglich von ihm und nicht von der Gunst der Mächtigen abhängt und in dem niemand ihn an dem Versuch hindern kann, reich zu werden."

Freiheit besteht für Marktradikale darin, dass jeder am Markt seinen ökonomischen Nutzen maximieren kann, dass die Sieger dieses Kampfes ihre Früchte ungehindert ernten und die Verlierer sich sagen müssen, sie stehen zu Recht auf der Verliererseite, schließlich könne sie ja niemand am Versuch hindern, auch reich zu werden.

Schon für Hayek war die Sozialdemokratie seiner Tage eine der Quellen des Übels. "Die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus vernichtet die Freiheit, auch die Freiheit, die der demokratische Sozialismus will." Mit dem Verschwinden des Realsozialismus wird die Sozialdemokratie mit ihren Vorstellungen vom Sozialstaat zum Hauptfeind. Im Vorwort zur Neuauflage des Hayek-Werkes 1990 schreibt Graf Lambsdorff, der Weg zur Knechtschaft sei unvermeidlich, "wenn wir nicht mehr auf die Freiheit, Initiative und Leistungsfähigkeit des Einzelnen setzen", sondern die Bürger der vollständigen staatlichen Fürsorge anvertrauten, was sie letztlich entmündigen würde.

Der Marktradikalismus wird Regierungspolitik

Der selbe Graf hatte acht Jahre zuvor, 1982, als Wirtschaftsminister der SPD/FDP-Koalition in seinem so genannten "Lambsdorff-Papier" die Übersetzung neoliberaler Grundsätze in staatliche Politik gefordert und so das Ende der sozialliberalen Koalition und den Übergang zur "Wende" mit der CDU Helmut Kohls eingeleitet. Die Grundforderungen des Papiers lauten: Es muss Schluss sein mit der "konsumtiven" Verwendung der öffentlichen Gelder, was bedeutet, die Sozialtransfers müssen radikal gekürzt werden; die sozialen Sicherungssysteme müssen heruntergefahren, im Wesentlichen müssen sie privatisiert werden, Eigeninitiative und Selbstvorsorge müssen obwalten.

Noch 1998 setzte sich die SPD von der immer marktradikaleren Position der Kohl-CDU ab und gewann mit dem Versprechen, die Kräfte des Marktes "sozial nutzbar" zu machen und für Arbeit zu sozialen Bedingungen zu sorgen, die Bundestagswahlen. Fünf Jahre später, in der Agenda 2010 aus dem Jahre 2003, ist sie auch in der Rhetorik vollständig ins neoliberale Lager übergeschwenkt. Das Motto der Schröder-Agen-

da lautet wörtlich: "Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung abfordern müssen."

In einer gewaltigen Kraftanstrengung werden die tragenden Pfeiler des Sozialstaates zertrümmert. Mit den Hartz-Reformen zum Umbau des Arbeitsmarktes wird die Leiharbeit ausgeweitet, Arbeitslosen- und Unterhaltsgeld gekürzt, die Zumutbarkeitsregeln für die Arbeitsaufnahme werden verschärft, mit Ich-AG, Mini- und Midi-Jobs werden Grundlagen für die schnelle Ausweitung prekärer Beschäftigung zu Lasten bisheriger Vollarbeitsplätze geschaffen. Mit der Agenda 2010 werden diese "Reformen" weiter vorangetrieben, weitere wie die Senkung des Rentenniveaus und die schrittweise Aufhebung des Kündigungsschutzes kommen hinzu. Neu ist auch der autoritäre Tonfall. So formulierte Kanzler Schröder: "Wer zumutbare Arbeit ablehnt – wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern – der wird mit Sanktionen rechnen müssen." Der Staat reißt die Schranken auf den Märkten nieder und kehrt den Verlierern gegenüber seine strafende Gewalt heraus.

Und Schröder bereits schlug den Ton an, der im Standort Deutschland, der um seine Stellung in der Welt ringt, für Gemeinschaftsgefühl sorgen soll: "Wir Deutsche", sagte er, "können stolz auf die Kraft unserer Wirtschaft, auf die Leistungen unserer Menschen, auf die Stärke unserer Nation wie auch auf die sozialen Traditionen unseres Landes sein."

Die Unternehmenskultur des Neoliberalismus

Parallel zur neoliberalen Prägung staatlicher Politik findet ein Wandel der Kultur in den Unternehmen selbst statt. Die ArbeitnehmerInnen, die sich als solche womöglich gemeinsam verständigen, sollen zu ArbeitskraftunternehmerInnen werden, die unter Aufbietung aller Energien und Potenzen sich gegen die anderen ArbeitskraftunternehmerInnen durchzusetzen haben. Statt genormter und vorgeschriebener Arbeitsabläufe wird gerade bei den WissensarbeiterInnen selbstorganisierte Arbeit eingeführt, was darauf hinausläuft, dass man nun erbarmungslos gegen sich selbst die "Ressource Ich" selbst managt. Die überwölbende Philosophie dieser neuen Unternehmenskultur hat Andrew Grove, der frühere Chef von Intel, so umrissen: "Die wichtigste Aufgabe von Führungskräften ist, eine Umgebung zu schaffen, in der die Mitarbeiter leidenschaftlich entschlossen sind, auf dem Markt erfolgreich zu sein. Furcht spielt eine große Rolle, diese Leidenschaft zu entwickeln und zu bewahren. Angst vor dem Wettbewerb, Angst vor einem Bankrott, Angst einen Fehler zu machen, und Angst zu verlieren, können starke Motivationskräfte sein." Entsprechend diesen Ratschlägen wollten die Siemens-Manager 2001/2002 die Beschäftigten auf den anstehenden Personal- und Sozialabbau einstimmen. "Ich kam mir vor wie ein Prediger", erinnert sich

einer der Verantwortlichen, "wir mussten durch die Fabriken ziehen und den Leuten klar machen, dass es kalt geworden war."

Politik und Unternehmer verhalten sich, als hätten sie ins Kommunistische Manifest geschaut und sich danach gerichtet. Dort heißt es, dass die Bourgeoisie "alle ... idyllischen Verhältnisse (zerstört). Sie hat kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'". Was Marx und Engels hier kritisieren, war für Hayek der anzustrebende Zustand.

2. Der Zusammenhang von Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Könnte Hayek, der 1992 verstarb, auf seine Adepten bei SPD, Union, FDP und Grünen und den Managern der Großkonzerne blicken, würde er wahrscheinlich Stolz und Genugtuung empfinden. Die Saat ist aufgegangen, neoliberale Prämissen wurden zur Grundlage staatlicher und unternehmerischer Politik. Doch wird ein Problem immer offensichtlicher, je länger neoliberale Politik regiert und ihre sozial desaströsen Folgen produziert. Das Problem nämlich, dass es immer mehr Verlierer dieser Politik gibt und dass immer mehr Menschen, die noch nicht verloren haben, fürchten, dass es auch bei ihnen bald so weit wäre.

Schauen wir uns zuerst einmal die Dimensionen an, von denen hier die Rede ist. Das DIW hat jüngst die so genannte Einkommensmobilität in Deutschland untersucht. Danach hat der Anteil der Armutsgefährdeten – Menschen, die weniger als 70 % des Durchschnittseinkommens verdienen – sich von 2000 auf 2006 von 17,8 auf 23,4 % erhöht. Fast jeder Vierte in Deutschland ist demnach arm oder armutsgefährdet. Die Oberschicht – mehr als 150 % des Durchschnittseinkommens – ist ebenfalls angewachsen, und zwar von 18,2 auf 20,4 %. Mehr als jeder fünfte Deutsche kann sich zu den Gewinnern der neoliberalen Politik zählen. Die Mittelschicht – zwischen 70 und 150 % des Durchschnittseinkommens – ist im selben Zeitraum von 64 % auf 56,2 % zurückgegangen. Ein Teil der Mittelschicht schaffte es nach oben, aber ein größerer Teil, 14 % der Mittelschicht des Jahres 2002, befindet sich heute in der Unterschicht. Jeder Vierte aus der heutigen Mittelschicht macht sich über die wirtschaftliche Zukunft "große Sorgen". Fast jeder zweite aus der Unterschicht fürchtet, dass es ihm in Zukunft noch schlechter gehen wird. Die Mitte zerbröckelt, die Unterschicht wächst an, beide Schichten sind zunehmend und berechtigt von Zukunftsangst erfüllt.

Immer mehr Menschen werden zu Opfern der marktradikalen Reformen und immer mehr auch finden die neoliberale Maxime, das wirtschaftliche Verhalten der Menschen zu einander als reines Benutzungsverhältnis zu gestalten, als unmenschlich. Hayeks Mah-

nung, die Kälte und Kosten dieses Benutzungsverhältnisses als unvermeidlich zu akzeptieren, auch von Seiten der Verlierer, fruchtet nicht mehr. Margaret Thatcher hat als britische Premierministerin die Hayek-Logik auf die Formel gebracht: TINA, There Is No Alternative, es gibt keine Alternative. Diese Suggestion funktioniert nicht mehr ausreichend. Bei der letzten Bundestagswahl haben die beiden Parteien, die ausdrücklich den Marktradikalismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten, nämlich die CDU/CSU und die FDP, keine Mehrheit erhalten. Die Partei, die entschieden gegen den Neoliberalismus Stellung bezog, die Linkspartei, hat deutlich zugelegt. Die SPD hat ein Fiasko verhindert, indem sie versuchte, zumindest propagandistisch möglichst viel Raum zwischen sich und die Agenda 2010 zu legen.

"Volk" als gesellschaftliche Klebmasse

In dieser Lage, da der Markt nicht genug Integrationskraft hat, sich ständig mehr politischer Widerstand formiert, stellt sich für die Strategen des Kapitals die Frage, wo man, neben der Verschärfung der Kontrolle der Bürger, genügend, wie Herbert Schui es nennt, "gesellschaftliche Klebmasse" herbekommen kann, um Gemeinschaftsgefühl und Zustimmung zu erzeugen. Hier kommen wir zu einer Schnittstelle von Marktradikalismus und Rechtsextremismus, der das "Volk", die ethnische Nation als verbindend und verbindlich für alle Deutschen ausruft, auch wenn diese Menschen in Einkommen, Geltung usw. große Unterschiede aufweisen mögen.

Die NDP ist sich dieser Achillesferse des modernen Kapitalismus bewusst, und sie versucht, sich an eben dieser Stelle zu profilieren. Ich will eine längere Passage aus dem Programm der so genannten "Dresdner Schule" zitieren, um ihr Vorgehen zu veranschaulichen. Die "Dresdner Schule" wurde von der NPD nach ihrem Wahlerfolg in Sachsen gegründet. Sie sieht sich im Kontrast zur "Frankfurter Schule" von Adorno u.a., die sie für die Wurzel allen Übels in der Bundesrepublik hält. Die 68er, heißt es in ihrer Erklärung, "und damit die charakterlich und geistig verlumpte Klasse, welche die Schaltstellen in Politik, Medien und Kulturbetrieb besetzt hat", seien die Ziehsohne eben dieser Frankfurter Schule. "Wir haben die Vereinzelung des Menschen durch Zerstörung aller Gemeinschaftsbande als Herrschaftsinstrument des Liberalismus erkannt, der einen brutalen, aber lautlosen Kampf aller gegen alle fördert. In der Billardkugel-Gesellschaft des Westens, in der sich die einzelnen Kugeln nur noch berühren, um sich sogleich wieder voneinander abzustoßen, wird der Mensch auf sich selbst zurück geworfen und stirbt den sozialen Tod. Zwischen den abstrakten Polen von 'Mensch' und 'Menschheit' wollen wir das Volk als gewachsene Lebens- und Solidargemeinschaft wieder in den Mittelpunkt der identitären Selbstverortung rücken. ... Ohne eine neues Wir-Gefühl sind die Deutschen we-

der den drückenden Problemen im eigenen Land noch den heraufziehenden weltpolitischen Konflikten gewachsen."

Hier zeigt sich die Nützlichkeit der "Klebmasse" Volk für das neoliberale Kapital schon auf mehreren Ebenen, z.B. Volk als nationale Opfergemeinschaft und als Leistungsgemeinschaft im globalen Wettbewerb der nationalen Standorte. Tatsächlich ist das Arsenal der Affinitäten zwischen Neoliberalismus und Rechtsextremismus noch weit größer, und die Zustimmung zu rechtsextremen Vorstellungen reicht weit über die NPD hinaus.

Rechtsextremismus: Vom Rand zur Mitte

Die Ergebnisse einer aktuellen repräsentativen Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung sind alarmierend. Unter Rechtsextremismus versteht die Forschergruppe ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichheitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und zu einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.

Im Ergebnis dieser empirischen Untersuchung erweisen sich 8,6 % der deutschen Bevölkerung als Träger eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds. Untersucht man die einzelnen Dimensionen im Detail, wird klar, dass wesentliche rechtsextreme Einstellungen bei weit größeren Teilen der Bevölkerung verbreitet sind. So sind über 26 % der Bevölkerung der Meinung, also mehr als jeder Vierte, dass Deutschland jetzt vor allem eine einzige starke Partei braucht, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Immerhin 15,4 % wollen einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. 17,7 % unterschreiben das neoliberale Dogma, dass wie in der Natur auch in der Gesellschaft der Stärkere sich durchsetzen soll.

Die höchste Zustimmung finden Parolen gegen die "Fremden". 37 %, weit mehr als jeder Dritte, glaubt, dass die Ausländer nur hierher kommen, um unseren Sozialstaat auszunützen. Wenn die Arbeitsplätze knapp werden, sagen 35 %, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. Zwei von fünf Deutschen halten dafür, die Bundesrepublik sei durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. Fast jeder Dritte sieht als oberstes Ziel der deutschen Politik, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht, wobei man dabei hart und energisch durchgreifen müsse.

Diese Zahlen zeigen schon, dass rechtsextreme Einstellungen nicht nur bei der NPD und ähnlichen Gruppen zu Hause sein können. Tatsächlich wählt nur eine Minderheit der Rechtsextremen NPD, DVU oder Republikaner. Die meisten, nämlich 35,1 %, wählen die CDU/CSU.

34,4 %, also kaum weniger, wählen SPD. Nur 5,9 % der Personen mit rechtsextremen Einstellungen wählen – bisher – rechtsextremistische Parteien.

Auch unter Gewerkschaftern ist das rechtsextreme Potenzial stark. Es entspricht nach dieser Studie der Verteilung in der Gesamtbevölkerung, liegt in den einzelnen Bereichen, besonders beim Antisemitismus, sogar darüber. Nach einer 2003 von Fichter/Stöss/Zeuner durchgeführten Untersuchung ist das Bild sogar noch düsterer. Danach liegt zwar bei der Unterschicht wie bei der Oberschicht der Gewerkschaftsmitglieder das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen unter dem der jeweiligen Nicht-Mitglieder. Doch bei den "Mittelschichten", den Facharbeitern, finden sich bei Gewerkschaftsmitgliedern eklatant mehr rechtsextreme Einstellungen als in der entsprechenden Schicht der Gesamtbevölkerung. 19 % bei Gewerkschaftsmitgliedern, 13 % bei ihren KollegInnen aus der Gesamtbevölkerung. Dies ist um so gravierender, als aus dieser Mittelschicht das Gros der Gewerkschaftsfunktionäre stammt.

3. Der Marktradikalismus produziert die soziale Basis des Rechtsextremismus

Die Autoren der damaligen Studie, allesamt den Gewerkschaften nahe stehend, bieten als Erklärung an, dass die gewerkschaftlich organisierte Mittelschicht in doppelter Hinsicht massive Ängste entwickle, die sich gegenseitig verstärken würden: Als Arbeitnehmern drohe ihnen das Schicksal von sozialen Verlierern, als Gewerkschaftsmitgliedern drohe ihnen das Schicksal von politischen Verlierern. Das sind natürlich gewichtige Faktoren. Doch wenn sie in den Gewerkschaften zu einem Anschwellen rechtsextremer Positionen noch über das ohnehin hohe Volumen rechtsextremer Vorstellungen führen, dann müssen sich die Gewerkschaften klar sein, dass sie in dieser Grundfrage politischer Aufklärung und der notwendigen politischen Reaktion gewaltige Defizite aufweisen. Das Co-Management der vergangenen Jahre mit den Großkonzernen, das Unterstützen der Globalisierungsstrategien der Konzerne, wenn nur die Kernbelegschaften als "Sieger" mit dabei bleiben – das schlägt nun, da man doch zu den Verlierern geschoben wird oder dies befürchten muss, um in ein irrationales rechtsextremes Verhalten.

So kritisch der Befund hinsichtlich gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und des innergewerkschaftlichen Diskurses ist, so klar unterstützt er eine These zur Deutung des Rechtsextremismus, wie sie von Hofstadter und Lipset schon Anfang der 60er Jahre entwickelt wurde. Danach ist der Rechtsextremismus eine Reaktion auf drohende oder vollzogene soziale Deklassierung. Die zitierte aktuelle Studie des Ebert-Institutes belegt, dass Arbeitslose und Rentner sich bei Rechts-

extremen weit häufiger finden lassen als in der Gesamtbevölkerung. Also die Bevölkerungsgruppen, die miserablen ökonomischen Bedingungen ausgesetzt sind und in der Regel keine Aussicht auf Besserung hegen können.

Unsere Übersicht über die einzelnen rechtsextremen Vorstellungen hat nahe gebracht, wie sehr sie als ideologischer Kitt für das Projekt Neoliberalismus taugen. Ob zur Hinnahme von Opfern im Volkskörper, ob zum aggressiven Antritt im globalen Wettbewerb der nationalen Standorte, ob zur Rechtfertigung von Oben und Unten im Volkskörper bei dennoch anhaltender Gemeinschaftswärme – alles dies kommt der neoliberalen Politik entgegen. Der Rechtsextremismus, so lautet eine These der Forschung, habe sich in den letzten Jahren differenziert in den traditionellen völkischen Nationalismus und in einen modernen Rechtspopulismus, der Marktradikalismus und Standortnationalismus kombiniere. Die Neue Rechte, sagt Christoph Butterwege, ist heute nicht mehr einer völkischen Blut- und Boden-Romantik verhaftet, sondern viel stärker markt-, wettbewerbs- und leistungsorientiert. Seine pointierte Bilanz: Statt fremder Länder will sie neue Absatzgebiete erobern.

Keine Neue Rechte – sondern der alte Faschismus

Mag es europaweit zutreffen, dass in den meisten Fällen bei der Neuen Rechten ein Bruch mit dem Faschismus und eine Hinwendung zu ultraliberalen Positionen zu konstatieren ist, so gilt für die Bundesrepublik, dass eine solche Neue Rechte hier kaum eine Rolle spielt. Der Rechtspopulismus ist bei uns bei den traditionellen Parteien, den so genannten Volksparteien, zu Hause. Sie werden von zwei Dritteln aller Anhänger rechtsextremer Vorstellungen gewählt. Der parteipolitisch organisierte Rechtsextremismus, deren weit dominierende Gruppe die NPD und ihre Unterorganisationen stellt, ist bei uns hingegen gerade nicht als Speerspitze des Neoliberalismus auszumachen, im Gegenteil, er wendet sich verbal gegen den neoliberalen globalen Kapitalismus und gibt sich im Inneren im Verbund mit nationalem Chauvinismus und ungebremstem Rassismus offen faschistisch, mit starker Kritik am aktuellen Kapitalismus.

Die derzeitig laufende Kampagne der NPD und ihrer Jugendorganisation trägt das Motto: Sozial geht nur national. Das entsprechende Flugblatt wird eingeleitet mit einem Aufruf der Parteivorsitzenden, der folgendermaßen beginnt: "Wir erleben den Kapitalismus pur. In der Bundesrepublik wird abgezockt, was das Zeug hält: Vom Staat, von Managern, von Politikern, von Vorständen der Krankenkassen und Versicherungen. Das Volk blutet, und das Kapital kassiert!"

U.a. heißt es dann: "Arbeit ist die Quelle unseres Wohlstandes. Nur Arbeit schafft Werte – keine Spekulanten, keine Konzernchefs und auch nicht der Markt. Und Arbeit ist genug da! Nur: Nicht jede Ar-

beit sichert den Konzernchefs Renditen von 25 % und mehr. Deshalb gibt es heute das Problem der Arbeitslosigkeit."

Der "Antikapitalismus" der NPD

Wie steht es um das Verhältnis des Neoliberalismus, des Marktradikalismus zu diesem sich als entschlossener Gegner gebenden Faschismus? Zunächst einmal wäre auf den obigen Zusammenhang zu verweisen, dass die einzelnen Elemente des Rechtsextremismus – wie Eingrenzung der Demokratie und Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus – dem autoritären Kapitalismus zuarbeiten. Die faschistische Vorstellung einer prinzipiellen und anthropologisch begründeten Ungleichheit, die an die Stelle von Solidarität, Emanzipation und Gleichheit getreten ist (Butterwege), ist auch die Geschäftsgrundlage der Marktradikalen, auch wenn sie hier in anderem verbalen Gewand auftritt.

Sodann ist festzustellen, dass gerade der so genannte faschistische Antikapitalismus de facto eine Unterstützung der TINA-Variante ist, des "Es gibt keine Alternative". Wenn die Alternative so aussieht, wie sie von der NPD formuliert wird, dann werden Demokraten eher für den autoritären Kapitalismus sein, als sich auf diese faschistische "Alternative" einzulassen. Der so genannte Antikapitalismus der in Deutschland sehr Alten Rechten denunziert den allgemeinen Widerstand gegen den Kapitalismus.

Schließlich hat diese Alte Rechte für die marktradikale Herrschaft vor allem den Vorteil, dass sie in einer offenbaren Legitimationskrise des Systems die Menschen davon abhalten kann, zu alternativen Vorstellungen vorzustoßen, die tatsächlich auf eine Änderung der Produktions-, der Eigentumsverhältnisse dringen. Mit der Ethnisierung der sozialen Frage entlastet der Rechtsextremismus das kapitalistische System, wendet die Ängste und Aggressionen gegen Minderheiten und verschafft den Dazugehörigen das Gefühl von Sicherheit, wenn nur diese Minderheiten gehörig in die Zucht genommen würden. Nirgendwo spricht die NPD davon, die Großkapitalisten müssten enteignet werden. Die Forderung lautet vielmehr, das Kapital habe der Wirtschaft und diese dem Volk zu dienen. Sie lehnt die Globalisierung der deutschen Wirtschaft ab und fordert eine am heimischen Lebensraum orientierte Volkswirtschaft. Dies sind Formeln, mit denen schon die Hitler-Nazis aufgetreten sind und unter denen das Kapital sehr profitable Jahre hatte. Die NPD ist nicht antikapitalistisch, sie will einen völkischen Kapitalismus.

Das ist nicht funktional für den neoliberalen globalen Kapitalismus, aber es ist keine Systemherausforderung, wie sie Sozialisten und alle darstellen, die die Überführung des Produktiveigentums unter demokratische Kontrolle fordern, um eine humane Produktions- und Lebensweise im In- und Ausland zu gewährleisten.

Die Herausforderungen für die Demokraten

Erstens ist der offenkundige Zusammenhang von vollzogener oder drohender sozialer Deklassierung und der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen zu berücksichtigen. Eine Politik, die Armut bekämpft, für mehr und sichere Vollzeit Arbeitsplätze eintritt, die soziale Ausgestaltung des öffentlichen Raums fordert, ist immer auch im selben Schritt Politik zur Sicherung von Demokratie, zur Abwehr der neofaschistischen Welle.

Zweitens aber muss uns klar sein, dass dies nicht genügt, weder vom Inhalt her, noch von der Frist, innerhalb derer wir aktiv bzw. aktiver werden müssen. Wir können nicht sagen, lass uns mal anständige soziale Bedingungen durchsetzen, dann löst sich das Problem Rechtsextremismus und Marktradikalismus von selber. Der Witz liegt darin, dass im Kampf um die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Frage von Demokratie und Humanität eine ausschlaggebende Rolle spielt. Wenn es zutrifft, dass heute der Wohlstandschauvinismus, die brutale Ethnisierung der sozialen Frage zunehmend jene Rolle spielt, die der Antisemitismus für die Nazi-Agitation spielte, dann müssen wir vor allem diese Thematik offensiv in allen wesentlichen politischen Auseinandersetzungen aufgreifen, von der Globalisierung über soziale Leistungsgesetze bis zu den Asylgesetzen. Die organisierte Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, ist ein Schlüssel zum Stoppen des Rechtsextremismus und des Marktradikalismus.

Drittens geht es darum, die ökonomische Grundlage, die zugrunde liegende soziale Struktur anzugreifen. Der ökonomische Sachzwang des neoliberalen Kapitalismus – globaler Wettbewerb der einzelnen nationalen Standorte, deshalb kostenoptimale Nutzung aller inländischen Ressourcen, einschließlich und v.a. der Arbeitskraft – fordert die größtmögliche Brutalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Nationalstaaten, die sich in scharfem Wettbewerb um das globale operierende Kapital auf soziale Mini-Standards herunterkonkurrieren, sind Instrumente des transnationalen Kapitals zur Maximierung seiner Profite. Die Transnationalen Konzerne, die heute die politischen Systeme der Nationalstaaten wie der supranationalen Institutionen dominieren, können sich nach ihrer eigenen Logik nur in globalen Dimensionen und nur unter Bedingungen eines radikalen Marktes verwerten. Nur in dem Maße, in dem die jetzige Dominanz der Transnationalen Konzerne über die politischen Systeme der Nationalstaaten und der supranationalen Institutionen zurück gedrängt und schließlich gebrochen werden kann, wird Raum geschaffen für das Durchsetzen humaner gesellschaftlicher Prinzipien.

Conrad Schuhler, Diplomvolkswirt,
ist Vorsitzender des isw e.V.

Literatur

- Bathke, Peter / Spindler, Susanne (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Berlin 2006
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhardt (Hrsg.): Extremismus und Demokratie. 19. Jahrgang 2007. Baden-Baden 2008
- Butterwege, Christoph: Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. In: Bathke/Spindler, S. 15 – 33
- Brähler, Elmar / Decker, Oliver: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Über: www.fes.de/rechtsextremismus
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Wochenbericht Nr. 10/2008. 5.3.2008
- Fichter, Michael / Stöss, Richard / Zeuner, Bodo: Das Forschungsprojekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus" – ausgewählte Ergebnisse. In: Bathke/Spindler, S. 167 - 181
- Hayek, Friedrich A. von: Der Weg zur Knechtschaft. München 2003
- isw-report 66: Alternativen zum Neoliberalismus. München 2006
- Schuhler, Conrad: Der Wandel der Unternehmenskultur am Beispiel des Siemens-Konzerns. isw-Forschungshefte 2, 2005
- Schui, Herbert / Blankenburg, Stefanie: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis. Hamburg 2002

Christina Kaindl

Antikapitalismus als Erfolgskonzept für die Extreme Rechte?

In den 1980er Jahren traten die Parteien der extremen Rechten in Europa überwiegend als Vertreter neoliberaler Positionen auf. In den 90er Jahren wandelten sich die Programme und nahmen – in unterschiedlichem Ausmaß – Globalisierungs- und Kapitalismuskritik auf. Dieser Prozess wird in der Linken erst langsam zur Kenntnis genommen. Ich möchte im Folgenden zeigen, wie sich dieser Wandel vollzog, in dessen Verlauf es der extremen Rechten gelungen ist, am Alltagsverstand und den Alltagserfahrungen mit neoliberalen Umarbeitungen und den Subjektanforderungen der hochtechnologischen Produktionsweise anzuknüpfen. Hieraus wird einerseits der Erfolg der extremen Rechten verständlich, andererseits umreißt es das Problemfeld linker Positionen und Aktionen in diesem Bereich: wie kann es gelingen, den "Problemrohstoff" der Erfahrungen mit den Umarbeitungen der Produktionsweise im Rahmen linker Politiken zu artikulieren, wie kann die Wahrnehmung der extremen Rechten als "die" Systemopposition zurückgedrängt werden?

Rechte Parteien in Europa – Globalisierungskritik im herrschenden Block?

In Deutschland ist den Parteien der extremen Rechten bislang kein Erfolg im bundesweiten Maßstab gelungen. In vielen europäischen Ländern dagegen waren extrem rechte Parteien¹ bei Wahlen erfolgreich mit einer Verbindung von Globalisierungskritik und Mobilisierung gegen Ausländer. In den 1980er Jahren waren dieselben Parteien Vorreiter einer "Befreiung der Wirtschaft" (Front National [FN], Frankreich), "radikale Deregulierung der Wettbewerbsordnung (FPÖ, Österreich), des "liberalistischen Föderalismus" (Lega Nord, Italien) und "Entstaatlichung" (FN). Das politische Bündnis von extremer Rechter und Neoliberalismus wandte sich vor allem gegen eine Sozialdemokratie, die die fordistischen Regulationsweisen gegen den aufkommenden Neoliberalismus verteidigte. Inhaltliche Berührungspunkte zwischen Neoliberalismus und extremer Rechter liegen im Ethnopluralismus,² in Staatskritik, Demokratieverachtung und sozialdarwinistischen Argumentationen. Wie gut sich

neoliberale Auffassungen mit extrem rechten Polikoptionen vertragen, zeigte sich erstmals 1973 beim Putsch in Chile.

Ein Problem des sich wandelnden Neoliberalismus besteht in der Vermittlung der politischen Umgestaltungen entsprechend der transnationalen Produktionsweise auf der einen und den Interessen von Bevölkerungsteilen an sozialer Sicherheit und Aufstieg auf der anderen Seite. Dadurch entsteht, was Gramsci als Krise der Repräsentation beschreibt: Es kommt zu einer Loslösung gesellschaftlicher Gruppen "von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt" (Gef.7, 1577f). Der Rechtspopulismus ist an verschiedenen Punkten der Repräsentationskrise eingebunden worden, in der "das Feld frei ist für die Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer Mächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma" (ebd.). Das Bündnis mit der extremen Rechten ermöglichte, Zwangs- und Gewaltaspekte der Hegemoniegewinnung einer politischen Kraft zuzuweisen, die nach dem Transformismus, nach Einbindung und Kooptation oppositioneller Milieus und Kräfte in den geschichtlichen Block, wieder fallen gelassen wird.

Mit dem Schwenk der Sozialdemokratie auf eine Politik, die innerhalb neoliberaler Rahmenbedingungen "sozialverträgliche" Alternativen suchte, zerfiel diese "Front". Statt mit der Verteidigung des fordistischen Regulationsmodells war die Sozialdemokratie bei den Wahlen mit dem Versprechen erfolgreich, den neoliberalen Umbau der Gesellschaften sozialverträglich zu gestalten. Es gelang die Einbindung von nicht-konservativen, postmodernen Milieus; sie lässt den Eindruck des "Rückwärtsgewandten" hinter sich und damit weite Teile der bisher von ihr repräsentierten Bevölkerungsgruppen. Sie bemüht sich um Regulationskonzepte, die die "Sachzwänge" von Globalisierung und Standortkonkurrenz zum Ausgangspunkt und unhinterfragten Rahmen dessen machen, worin nach politischen Alternativen zum konservativ-neo-

1) Die Parteien werden oft als "rechtspopulistisch" bezeichnet. Der Begriff ist problematisch, indem er suggeriert, dass die Inhalte bloß zufällig und an unmittelbaren Stimmungen ausgerichtet entstünden. Es wird nahe gelegt, dass diese Parteien inhaltlich weniger problematisch sind als die traditionell rechtsextreme Bewegung. Gleichzeitig delegitimiert der Begriff potenziell das Aufgreifen der Interessen "der Unteren" als undemokratische Anbiederei. Die inhaltliche Nähe von extremer Rechter und rechtspopulistischen Parteien lässt sich so wenig abbilden wie die Verbindungen zur gesellschaftlichen Mitte.

2) Ein ursprünglich aus der französischen Neuen Rechten stammendes Konzept, vgl. u.a. Alain Benoist, *Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung*, Tübingen 2001

beralen Kurs gesucht wird. Der Neoliberalismus erweitert so seine soziale Basis, und scheint sich zu stabilisieren.

Zunächst war diese Strategie erfolgreich, fast ganz Europa wurde eine Zeit lang sozialdemokratisch regiert. Allerdings hat sich gezeigt, dass der dritte Weg keine langfristige Stabilisierung bietet; die Verbindung von Neokorporatismus³ und Deregulierung stärkt die gesellschaftlichen Spaltungslinien zu Lasten eines Teils der abhängig Beschäftigten. Die gezielte Schaffung eines Niedriglohnssektors, der auch die Ausgestoßenen der bisherigen Kernbelegschaften betrifft, die mit staatlicher Unterstützung beförderte Ausweitung von Leiharbeitsverhältnissen, die Zunahme von Konkurrenz und Arbeitsbelastung, der Anforderungsdruck selbsttätiger Qualifizierung wie auch die Privatisierung und Inwertsetzung immer weiterer Teile der privaten Existenzsicherung erhöhen den Druck auf die Einzelnen und diskreditieren bisherige Werte von "guter Arbeit" und die damit verbundenen Gerechtigkeitsvorstellungen. Die Diskussionen der bisherigen gesellschaftlichen Vertreter der Lohnabhängigen sind, auch wenn sie kritisch intendiert sind, von Anpassungs- und Gestaltungsvorschlägen geprägt (vgl. Greven 2006, 16), die die Belastungen und Zumutungen der veränderten Produktionsweise für die Betroffenen kaum angemessen zum Ausdruck bringen können. Es gelingt bisher nicht, neue Formen der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten zu finden.

In der Folge verlieren neoliberale Forderungen der rechtspopulistischen Parteien an Bedeutung "zugunsten einer verstärkten Betonung antiliberalistischer und antiliberaler politischer Diskursmuster" (Betz 2001, 168). So stellt sich etwa der FN bereits seit 1993 zunehmend als Schutzmacht der französischen Arbeiter dar, gegen den "libre-échangeisme mondial" [globale Freihandelsideologie], den "mondialisme économique" [globalen Ökonomismus] oder den "mondialisme" [Globalismus], die als Hauptfeind angegriffen werden und mit protektionistischen Maßnahmen begrenzt werden sollen (171). 1995 kündigt der FN eine "soziale Wende" an, die den Staat als Bollwerk gegen die Globalisierung rehabilitieren will. Haider wandelte sich in den 1990er Jahren vom Anwalt der Leistungseliten hin zur Verteidigung derjenigen österreichischen Arbeiter, die es "hart haben im Wettbewerb" (23. Parteitag 1996, zit. 174).⁴

Schlüssel für die Verbindung von protektionistischen Positionen und der Politikfähigkeit sind ethnopluralistische Argumentationen. Die gesellschaftlichen Verwerfungen des Neoliberalismus werden als "von der Migration verursachte Probleme übersetzt" (Scharen-

berg 2006, 77). "Die Ausländer" werden zum Sinnbild der Globalisierung und bieten dem Alltagsverstand Reibungsfläche. Damit können gesamtgesellschaftliche Probleme reartikuliert und gleichzeitig denkbar gemacht werden. Die dagegen gestellte "Homogenität" des Volkes, die es (zurück) zu gewinnen gelte, ermöglicht eine imaginäre Vergemeinschaftung, die die real erfahrenen sozialen Spaltungen und Partikularisierungen bewältigen lässt (vgl. 78). Die Migranten holen die globale Ungleichheit, Voraussetzung des fordistischen Klassenkompromisses, in die gesellschaftliche Mitte: waren die Niedriglohnverhältnisse im Rahmen der globalen Arbeitsteilung zu Zeiten des Fordismus sauberlich getrennt, Armut und Elend relativ weit weg, sind sie jetzt von der Peripherie in die Zentren gekommen. Neoliberale Politik hat als Ziel und Konsequenz die Flexibilisierung der Einkommenshöhen auch in den "Zentren". Marx argumentiert, dass in den durchschnittlichen Wert zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft "moralische", historisch-spezifische Bestimmungen eingehen: "Der Arbeiter braucht Zeit zur Befriedigung geistiger und sozialer Bedürfnisse, deren Umfang und Zahl durch den allgemeinen Kulturzustand bestimmt sind." (MEW 23, 246) Der allgemeine 'Kulturzustand' ist Ergebnis von (lokalen) Kräfteverhältnissen. Mit der Globalisierung stehen die unterschiedlichen Lebensstandards in unmittelbarer Konkurrenz. In den "allgemeinen Kulturzustand" gehen nun auch die Lebensbedingungen z.B. in Delhi ein, da auch hoch qualifizierte Bereiche der Produktion verlagert werden können. Bei der Errichtung von Niedriglohnssektoren und der Erhöhung von Zumutbarkeitskriterien werden Migranten und Flüchtlinge als Gruppe mit wenig gesellschaftlicher Lobby – nicht zuletzt aufgrund der ethnischen Unterschichtung – und oft eingeschränkten Rechten in die Vorreiter-Rolle gedrängt. Das befördert ihre Wahrnehmung nicht als Konsequenz der Globalisierungsprozesse, sondern als angebliche Ursache für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Das im Alltagsverstand implizite Wissen, dass "die Anderen", die flexiblen Migranten, in der Konkurrenz um Arbeit und im Kampf um den "gesellschaftlich durchschnittlichen" Wert der Ware Arbeitskraft die eigenen Positionen bedrohen, wird artikuliert. Ihr Zurückdrängen in die Peripherie, in das "außen", ist Gegenstand rechter Mobilisierungen wie staatlicher Abschottungspolitik, was ein Vordringen der Rechten in die Mitte erleichtert.

Die rechten Parteien treten als "neue Arbeiterparteien" auf und werden auch so wahrgenommen: "Ich bin zur Dänischen Volkspartei gewechselt, weil sie [die Sozialdemokraten] ihre Politik änderten – ich aber meine nicht." (Dänischer Busfahrer in Hentges

3) Unter Neokorporatismus verstehe ich hier die Formen der Beteiligung von Gewerkschaften/Betriebsräten *unter den Vorzeichen des Standortwettbewerbs* und bei gesunkener Verhandlungsmacht aufgrund von Verlagerungsdrohungen. Im Vordergrund standen dabei oft Beschäftigungsgarantien und die Konzentration auf die Kernbelegschaft.

4) In den 80ern bestand die Wählerschaft des FN v.a. aus Selbständigen, Ladenbesitzern, Geschäfts- und Handwerksleuten, in den 90ern wählten 30 % der Handarbeiter (Männer und Frauen) den FN, 2002 sanken die Zahlen, jeder 4. Arbeiter wählte FN, 30 % der Ladenbesitzer und Handwerker wählten die extreme Rechte. In Österreich wählten 1995 30 % der "blue collar" Arbeiter FPÖ, 1999 kamen 50 % der Wählerschaft aus der Arbeiterklasse (Hentges u.a. 2003, 63).

u.a. 2003, 126; Übers. CK) Die Globalisierungskritik der erfolgreichen Regierungsparteien tritt nicht in gleichem Maße antikapitalistisch auf, wie die JN/NPD in Deutschland. Andernfalls wäre ihre Funktion der Beiordnung subalternen und unzufriedener Bevölkerungsteile an den neoliberalen Block gefährdet. Widersprüchliche Bestrebungen innerhalb des rechten Lagers sind dabei nicht unbedingt ein Hindernis, wie die langjährig erfolgreiche Konstellation unter Berlusconi in Italien gezeigt hat.

"Nazitum bildet [...] einen Schutzraum für die widersprechende Unruhe, damit sie ja nicht erwache", sagte Bloch (1934, 60) über die Widersprüche des aufziehenden deutschen Faschismus, der den Kampf gegen veraltete Lebensweisen mit der Sehnsucht nach dem Gewesenen verband. Die "Jungen wollen nicht nur in den Muff nach Hause", vor ihrer "städtischen Wildheit [...] verschwinden nicht 50 Jahre wie beim Zauber der guten Stube, sondern wie auf dem Land scheinen Jahrhunderte zu verdunsten, Veitstanz beginnt auf der Straße" (ebd.). Die Bildung des geschichtlichen Blocks gelang damals mit der Bei- und Unterordnung der völkisch-antikapitalistischen Fraktion – "der Kleinbürger sieht darin Sozialismus, der Großbürger besitzt daran Kulisse, und für beides war dem Kapitalismus höchste Zeit" (76) – unter die Fraktion des Großkapitals.⁵

Antikapitalismus als soziale Bewegung von rechts

Die extreme Rechte in Deutschland tritt radikaler als die rechtspopulistischen – regierungsnahen – Parteien auf: "Antikapitalismus von rechts" kann als neue strategische Ausrichtung ihrer wichtigsten Strömungen aufgefasst werden und zeigt sich etwa in der "antikapitalistischen und antiglobalistischen" Kampagne "Zukunft statt Globalisierung".⁶ Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und "prekäre Beschäftigungsverhältnisse" (4) werden als Krisenerscheinungen des Kapitalismus aufgerufen und zum Ausgangspunkt für "notwendige Alternativen".⁷

Der "Antikapitalismus" der JN grenzt sich von Marx' "Falschlehre" ab. "Privatisierungswahn, Monopolbildung, Steuererhöhung und Hartz 4" seien nicht das Grundübel "unserer Probleme", sondern "die herrschende Zinswirtschaft des Kapitalismus". Der Zinseszins zwingt die Wirtschaft zum endlosen Wachstum und führe so zu "Umweltzerstörung, Lohnsklaverei, Globalisierung, Massenentlassungen und Armut". "Linke Wirrköpfe", die diesen Zusammenhang nicht in

den Mittelpunkt stellen, bezichtigen die JN-Autoren einer "verkürzten Kapitalismuskritik" – eine Umkehrung linker Kritiken an personalisierten und verschwörungstheoretischen Charakterisierungen des Kapitalismus. Zwar wird Ausbeutung als Aneignung von Mehrwert referiert, daraus folgt aber keine grundsätzliche Ablehnung von Eigentum oder gar Klassenkampf. Propagiert wird eine sozialpartnerschaftliche Marktwirtschaft,⁸ die Eigentum schützt, "solange es dem Volk dient". Dagegen sei der aktuelle Kapitalismus von "Händlertum" und "Karawanserei" gekennzeichnet. Dabei bedient die Ablehnung des "Mammonismus" antisemitische "Kritiken" des Kapitalismus, die in der *Nationalzeitung* oder in *Nation und Europa* durch antisemitische Karikaturen untermalt werden. Die Argumentation bezieht sich nicht ungebrochen auf "deutsches Kapital", geht nicht einfach davon aus, dass Siemens, Krupp oder andere Unternehmen mit deutschem Namen "Multis" seien, sondern klagt sie des Verrats an deutschen Interessen und deutschem Volk an. "Volkseigentum" wird gegen die "Ausplünderung" durch Privatisierung verteidigt.⁹

Das Gegenkonzept ist "völkischer" oder "nationaler" Sozialismus. Er wird unterschieden vom Kommunismus, der zusammen mit linken Freiheitsvorstellungen als Kehrseite neoliberaler Ideologien gilt: durch die Verherrlichung "hedonistischer Triebe" machten sie sich zu Helfern des "ideologischen Rinderwahns", der seit 1990 um sich greife. An diesem Irrglauben seien die realsozialistischen Staaten gescheitert, was nicht die "sozialistische Idee" diskreditiere, nur den "Kommunismus, dessen Ideologie mit den Bedürfnissen der Menschen unvereinbar ist und demzufolge in einer Abstimmung mit den Füßen gekippt" worden sei.¹⁰ "Weil der Kapitalismus international ist, muss der Sozialismus national sein", lautet das zentrale Argument.¹¹ So kann es gelingen, an einen Alltagsverstand anzuknüpfen, in dem 'die Globalisierung' als externe Bedrohung nationaler Standards gedacht wird. Die Vorstellung eines "nationalen Schutzraums" ist die abstrakte Negation eines Diskurses, der mit Verweis auf die internationale Konkurrenz Mobilisierung, Aktivierung und Verzicht bei den Einzelnen einfordert (vgl. etwa Hartz 2001, 8).

Ein Wahlspot der NPD ruft mit Bezug auf Lafontaines "Fremdarbeiter-Rede" dazu auf, nicht die "Raubkopie" sondern das Original zu wählen: zwar scheine jener ähnliche Punkte aufzugreifen und Interessen deutscher Arbeiter zu verteidigen, die restlichen Programmpunkte der Linkspartei zielten aber auf die Erweiterung individueller Freiheiten, Drogenfreigabe

5) Die erstere wurde in Deutschland allerdings bereits 1934 kaltgestellt und die Ideologieelemente im völkischen Rassismus des NS reartikuliert.

6) www.antikap.de

7) Bei den Bundestagswahlen 2005 erhielt die NPD mit ihrem auf Kritik der Sozialreformen ausgerichteten Programm in Sachsen 9,2 % der Stimmen.

8) Das ist nicht unumstritten; so distanziert sich der JN BuVo explizit von einer Unterscheidung in "guten und schlechten Kapitalismus".

9) Schulungsbroschüren "Privatisierung – Wirtschafts- und Plünderungsstandort Deutschland", hgg. v. Initiative für Volksaufklärung, <http://snbp.info/files/Privatisierung.pdf>

10) "Zukunft statt Globalisierung", www.antikap.de

11) Vgl. auch die aktuelle Kampagne "Sozial geht nur national" von JN und NPD: <http://sozial-geht-nur-national.de>

und Freizügigkeit gegenüber Flüchtlingen und konkurrenzorientierten die scheinbare "nationale" Orientierung. Die Widersprüchlichkeit von Lafontaines Versuch einer "linkspopulistischen" Anknüpfung an den Verwerfungen verschärfter Konkurrenz und Freizügigkeit der Arbeitskraft wird hier deutlich. Wo Lafontaines Einsatz in Schwierigkeiten gerät – wie lässt sich ein Konzept der Verteidigung von Lohnstandards unter den Bedingungen der Standortkonkurrenz entwickeln, das nicht die jeweils ärmeren, auf niedrigere Standards gezwungenen Lohnabhängigen zu Personalifizierungen der Konkurrenz und damit als Gegner artikuliert – wirft sich die rechte Position ungebrochen auf die Seite der "deutschen Arbeiter". Lafontaine ringt um eine Perspektive des nationalen Wohlfahrtsstaates und will die ausländischen Beschäftigten in Deutschland explizit eingeschlossen wissen, erteilt völkischem Nationalismus eine Absage. Dennoch argumentiert er von einem Standpunkt "privilegierter Solidarität" (Nachtwey 2005, 908). Eine angestrebte europäische Perspektive kann diese Probleme nur begrenzt aufheben: die Billigarbeitskraft, gegen die er sich wendet, kommt ja gerade aus Staaten innerhalb der europäischen Union.

Die extreme Rechte muss sich in solchen Widersprüchen nicht bewegen. Sie macht die Volksgemeinschaft als einziges Solidarprojekt stark. Die Frage der Grenzen der Solidarität wird mit Rekurs auf den "natürlichen" Bezugsraum geklärt: "Der Nationalismus erstrebt soziale Gerechtigkeit und nationale Solidarität."¹² Versorgt wird, wer zum Volk gehört. Gleichzeitig ist der nationale Schutzraum Voraussetzung dafür, dass das geeinte Volk zu großen Gemeinschaftsleistungen befähigt werde. Wie im historischen Faschismus sollen hier zwei Bedeutungsaspekte des "Volkes" zusammengebracht werden: die "kleinen Leute", die Mehrheit, die unter die Herrschaft Gestellten werden angerufen und gleichzeitig als völkische Gemeinschaft konstruiert. Die Anknüpfungspunkte im Alltagsverstand finden diese Formulierungen gerade in der ehemaligen DDR, wo der emanzipatorische Bezug auf das "Volk" in der Tradition der Arbeiterbewegung stärker präsent war als im Westen, wo mit Verweis auf die völkische Begriffsgeschichte die klassenspezifischen Interessen delegitimiert wurden.¹³ Hier kann das Sprechen vom "Volk" womöglich aufgegriffen, was Heitmeyer im Konzept der "Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" als "Anomia" bezeichnet (Heitmeyer 2002): Orientierungslosigkeit,

das Gefühl, dass "früher alles besser war, weil man wusste, was man zu tun hatte" hängt mit Ängsten vor sozialem Abstieg zusammen, die sich seit der Einführung von Hartz 4 verstärkt haben (Hüpping 2006, 89). Eine Abwertung schwächerer Gruppen ist bei diesen Befragten wahrscheinlicher: besonders die Aussage "wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken", erzielt deutliche Zustimmung. Bei aller notwendiger Zurückhaltung in der Deutung von Daten, die die subjektiven Begründungszusammenhänge nicht aufklären,¹⁴ kann doch gesagt werden, dass hier völkische Solidarkonzeptionen am Alltagsverstand ansetzen können: die Abstiegsängste werden adressiert und mit einer "Ermächtigung" des Volkes beantwortet.

Inhaltlicher Bezugspunkt der rechtsextremen Argumentationen ist der "Ethnopluralismus", der ein völkisches Verständnis von Nation transportiert, basierend auf der Vorstellung eines einheitlichen Volkes mit gemeinsamer Abstammungsgeschichte. Alle Völker sollen sich in ihrem "Siedlungsgebiet" frei entwickeln, eventuelle Unterschiede in den Wertigkeiten könnten sich nur bei freier Entfaltung der Völker zeigen. Von hier aus wird die rechte Opposition u.a. gegen den Irakkrieg, ihr Engagement beim Antikriegstag für ein "Selbstbestimmungsrecht der Völker" verständlich. Die extreme Rechte tritt hier als "antiimperialistisch" auf:¹⁵ Gegen das US-Imperium gelte es, einen "Eurasischen Block der Völker" als Element einer antiimperialistischen Abwehr und einer neuen völkerorientierten Weltordnung herzustellen. In völkischer Reartikulation der zapatistischen Losung "eine Welt, in der viele Welten Platz haben", rufen sie auf zur Ablösung der "einen Welt des Kapitals" durch eine "Welt der tausend Völker". Ethnopluralismus wird vorgestellt als Konzept der friedlichen Koexistenz der Völker; die Kritik, die extreme Rechte stehe für imperialistische Kriege und Unterdrückung anderer Nationen, wird zurückgewiesen. Der "europäische Nationalismus erstrebt ein gemeinsames Europa der Vaterländer und Völker, das seine Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit und Einheit gemeinsam gegen die Großmächte, falsche Ideologien, die multinationalen Konzerne und kleinkarierte Chauvinisten durchsetzen wird" (ebd).

Angegriffen werden supranationale ("raumfremde") Organisationsformen wie die EU oder die NATO. Die EU sei nichts als ein "Zusammenschluss der Großkonzerne", regiert von "Technokraten",¹⁶ und somit Feind

12) www.jn-buvo.de

13) Dabei gibt es für eine Aufgabe des Volksbegriffs im deutschen Sprachgebrauch von links gute Gründe, nicht nur wegen der Schwäche im Kampf gegen rechte Anklänge, sondern auch aufgrund analytischer Mängel. Als Begriff in Mobilisierungen "von unten" soll der Begriff Bündnisse ermöglichen (etwa im Sinne der "Volksfront"); unterschiedliche Teilinteressen sollen hintangestellt werden. Die Gefahr besteht, dass bei sich verschiebenden Kräfteverhältnissen grundlegende Interessendifferenzen und -antagonismen unsichtbar oder verschoben (etwa auf eine äußere Bedrohung) werden.

14) Es kann nicht umstandslos davon ausgegangen werden, dass die Befragten hiermit ein völkisches Modell im Sinn haben, wohl aber dass es sich um verschärfte Ausgrenzungsforderungen handelt.

15) "Wer andere Völker oder Stämme seines Volkes spaltet, unterdrückt, knechtet oder ausbeutet, ist ein Imperialist. Der Nationalismus ist der größte und stärkste Feind des Imperialismus: Nationalismus ist antiimperialistischer Kampf", www.jn-buvo.de

16) "Technokraten" und Bürokraten dienen auch der Kennzeichnung der repräsentativen Demokratie, der die "Volksherrschaft" – "wahre Demokratie" – gegenüber gestellt wird. Sie basiert auf der Volksgemeinschaft; nur aus ihr könnten "sich die Persönlichkeiten entwickeln, die Volk und Staat benötigen" und die durch Egoismus und Materialismus immer weiter auseinander driftenden Menschen zu einer Gemeinschaft zusammen finden. www.jn-buvo.de

der freien Völker. Die so gekennzeichneten äußeren Fremdeinflüsse, die die "Selbstbestimmung" des deutschen "Volkes" untergraben, werden ergänzt durch innere: Vertreter "fremder Kulturen", die durch die Durchmischung die Kultur "des Volkes" und damit seine Existenzkräfte insgesamt vernichten. Die Fremdeinflüsse sind zwei Seiten derselben Medaille – Imperialismus – die auf politischer, ökonomischer und kultureller Ebene agierten und dort zu bekämpfen seien.¹⁷ Der Imperialismus findet seinen Niederschlag in kultureller Vielfalt und Durchmischung: sie werden als Vernichtung der Kultur und damit "des Volkes" gesehen und sind die komplementäre Entwicklung zur "One-World-Ideologie".

Werden multinationale Konzerne und die Anwesenheit von Flüchtlingen und ausländischer Wohnbevölkerung in Deutschland so verknüpft gedacht, kann das eine unmittelbar im anderen bekämpft werden. Rassistische Gewalt ist hier Antiglobalisierungs-Politik, dem imperialistischen Kampf gegen das Volk wird Nationalismus als "Befreiungsbewegung" gegenübergestellt. Dies ermöglicht eine in sich kohärente Begründung von Aktivismus und praktischen Politikoptionen, Erfahrungen von politischer Hilflosigkeit angesichts globaler Prozesse können in Handlungen umgesetzt werden.¹⁸ Dabei werden die Passivierungseffekte der Sachzwangargumentationen aktiv aufgegriffen: "Stoppt die Demontage Deutschlands! Es gibt Alternativen". Die Slogans werden ergänzt durch ein alltägliches Ringen um (kulturelle) Hegemonie: Kinderfeste, Nachbarschaftshilfe, Aufgreifen kommunaler Probleme, kulturpolitische Offensiven auf Schulhöfen etc. hinterlassen den Eindruck, "die tun wenigstens was". Seit den 1990er Jahren arbeitet die NPD am "3-Säulen-Konzept": Kampf um die Köpfe, um die Straße und um die Parlamente.¹⁹ Es gelte, an "veränderte Lebenswelten"²⁰ der Menschen anzuknüpfen, die von "nationalen Ideologen in ihren Elfenbeintürmen" nicht erreicht würden: "Sie erleben heute eine riesige Betonwüste. Sie erleben Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Verwahrlosung, trostlose Supermärkte und eine völlig gleichgeschaltete Gesellschaft. Sie erleben eine Ellenbogengesellschaft, von welcher entfernt anonym und weit weg die 'Bonzenschweine'

hausen und über ihre Köpfe regieren." Hier zeigt sich ein gutes Gespür für die Bedeutung der Politik um Lebensweisen in Verbindung mit einem gesellschaftlichen "Großkonzept" für den Kampf um kulturelle Hegemonie.

Bloch analysierte in den 30er Jahren, wie die faschistische Bewegung ihre Propaganda mittels "Entwendungen aus der Kommune" mit revolutionärem Schein ausstaffierte: "denn selbst die herrenrassig-nationalistische Parole zöge nicht, wenn sie sich – scheinbar dem wirklichen Bedürfnis des Volkes entsprechend – nicht vorab als eine antikapitalistische Gabe" (1934, 70). Den revolutionären Schein entleiht die faschistische Bewegung den Kommunisten: Fahnen, Aufmärsche, gefährliche Lieder. Die Strategien der extremen Rechten versuchen Ähnliches: Seit Udo Voigt 1996 Parteivorsitzender der NPD wurde, will man "den Linken die soziale Frage entwinden". Ihr "Monopol" auf Kapitalismuskritik soll angegriffen werden, Antikapitalismus "aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herauszubrechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen. Entweder es kommen endlich die 'linken Leute von rechts' oder es kommen keine Leute von rechts".²¹

Entsprechend hat sich das Auftreten der Neonazis z.T. dramatisch gewandelt: Kleidung, Webseiten, Transparente zitieren und kopieren linke, globalisierungskritische und antifaschistische Codes. Palästinenser-Tuch und schwarzes Kapuzenshirt verdrängen die "klassische" Skinhead-Kultur.²² "Antikapitalismus von rechts"²³ behauptet Anknüpfungspunkte an die Revolutionen in Kuba, Vietnam und bildet den Artikel mit Ché Guevara: "Vaterland oder Tod". Die Reihung umfasst dabei ganz nebenbei auch die Nationalsozialisten und "Nationalsyndikalisten", Faschisten, Falangisten, Peronisten, die Bewegung von Hugo Chavez und die DDR: Aus "den Funken der Erinnerung" könnten bald wieder "lodernde Flammen des nationalen und sozialen Widerstands emporschießen".²⁴

70 Jahre nach Blochs Äußerung ist es mit einer Denunziation der "Entwendungen" nicht getan – wenn sie nicht schon damals die widersprüchliche Konstellation unterbelichtet ließ:²⁵ im Bereich der Reklamationen des Sozialen gibt es kein geistiges Eigentum.

17) "Der Nationalismus ist nicht gleich mit Imperialismus; er ist vor allem dessen Gegenspieler: Sprenger multinationaler und kolonialer Gefüge. Der Nationalismus bekämpft jedes Fremdherrschaftsstreben (Imperialismus), gleichgültig ob es militärische, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Mittel benutzt." JN, Thesen zum Nationalismus. Die Abschaffung der "wirtschaftlichen und kulturellen Grenzen" seien Teil der Durchsetzung des globalen Marktes zugunsten eines "hemmungswidrigen grenzüberschreitenden Warenhandels", www.gegen-globalisierung.de/texte

18) In der GMF-Studie von 2003 stimmen etwa 50,3 % der Befragten voll und 29,5 % eher der Aussage zu, dass "gegen soziale Missstände in Deutschland zu wenig protestiert wird", 46 % stimmen voll und 35,5 % eher zu, dass "letztendlich die Wirtschaft in unserem Land [entscheidet] und nicht die Politik", 58 % stimmen voll, 31,4 % eher zu, dass "die demokratischen Parteien alles [zerreden] und die Probleme nicht [lösen]", und 65,1 % stimmen voll, 28,6 % eher zu, dass "Politiker mehr dafür tun [sollten], Zweifel an der Demokratie auszuräumen" (Heitmeyer/Mansel 2003, 43f)

19) Bereits der NHB hatte mit dem Strategiepapier "Schafft befreite Zonen" die Kampfzone erweitert: die befreiten Zonen basieren auf einem Zueinander von Konsens und Zwang, das durch die Straßengewalt ("Sanktionsmacht"), durchsetzen von Definitionsmacht "was cool ist" und alltäglicher Lebenshilfe bestimmt ist.

20) JN-Bundesvorstand, "Nationalismus heißt Kapitalismuskritik", www.junge-nationaldemokraten.de

21) Aus den Reihen des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB), in: Nation und Europa, 48. Jg., 1998, H. 10, 13–15, hier 15 ("16 Thesen zum Kapitalismus: dem Geld dienen oder dem Volk?", Tor von Waldstein)

22) Wobei auch die Gleichsetzung von Skinhead-Bewegung mit Neonazis Ergebnis eines – weitgehend erfolgreichen – kulturellen Unterwanderungs- und Hegemoniebestrebens war.

23) www.antikap.de

24) "Antikapitalismus von rechts", S. 16

Ob die aufgerufenen Elemente von Kapitalismuskritik rechts oder links verortet werden, ist Gegenstand aktueller Kräfteverhältnisse: Wem gelingt es, die aktuellen Krisendiagnosen im Rahmen unterschiedlicher geschichtlicher und theoretischer Bezüge zu artikulieren? Als Katalysator für rechts dienen dabei die von links beschwiegene Widersprüche. Hierzu legt Bloch wiederum die Spur: "Wohl aber sind im nationalsozialistischen Dunstbau, wie zu merken war, gewisse unterirdische Keller enthalten, auch gewisse versunkene Überbauten, deren selbst kommunistisch noch nicht völlig 'aufgehobener' Inhalt ernsthaft zu prüfen bleibt." (1934, 67)

Subjektive Bearbeitungen, Ringieren um neue Lebensweisen

Die SIREN-Untersuchung²⁶ konnte das Ineinandergreifen von subjektiven Erfahrungen neoliberaler Umstrukturierungen und dem Hinwenden zu rechtsextremen Argumentationen zeigen. Es wurden Personen interviewt, die von den Umarbeitungen der neuen Produktionsweise besonders betroffen waren. Zentral scheint die Erfahrung, dass die Einzelnen ihre Position in der sozialen Welt aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Anforderungen überdenken müssen. Dabei konnten unterschiedliche Typologien herausgearbeitet werden, die die jeweils sehr unterschiedlichen Erfahrungen von prekarierten Putzfrauen bis hoch qualifizierten IT-Arbeitern formulieren. Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten: Seit den 1990er Jahren wird ein starker Anstieg der Arbeitsbelastung wahrgenommen. Die auf Klassenkompromisse setzende Unternehmenspolitik werde als unnötige Kostenlast im Wettbewerb aufgefasst und aufgekündigt. Der Kampf zwischen Alten und Jungen und zwischen Migranten und Etablierten zieht sich durch die Interviews. Die Interviewten bringen oft den eigenen Status als "Arbeiter" zum Ausdruck, die Wahrnehmung eines kollektiven Schicksals ist präsent. Als "Schuldige" des Prozesses werden Politiker und ein bürokratisiertes Management genannt, die sich von den Bedürfnissen und Realitäten der Produktion entfernt hätten.

Die neoliberalen Versprechen, die Aufrufe zu mehr Leistung, die soziale Sicherheit bringen soll, scheitern an den alltäglichen Erfahrungen: trotz schwerer Arbeit und schmerzlicher Unterordnung sind die Betroffenen nicht in der Lage, die angestrebte Position zu erreichen; es entstehen Gefühle der Ungerechtigkeit und persönlicher Verletzung. Das Gefühl des "aufgekündigten Vertrages" bezieht sich auf die implizite Vorstellung, dass sich "harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung, Lebensstandard und Anerkennung" "tausche"; die Interviewten äußern durchaus Bereitschaft, härter zu arbeiten, mehr zu leisten, müssen

aber feststellen, dass legitime Erwartungen in Bezug auf Arbeit, Beschäftigung, sozialen Status oder Lebensstandard dauerhaft frustriert werden: der Vertrag ist "einseitig gekündigt" worden. Dies führt zu Ungerechtigkeitsgefühlen und Ressentiments gegenüber anderen sozialen Gruppen, die sich den Mühen der Arbeit anscheinend nicht in gleichem Maße unterziehen müssten und für die besser gesorgt werde oder die ihre Sachen (illegal) selbst arrangierten: einerseits Manager, Politiker mit hohem Einkommen, die sich großzügige Pensionen zusprechen, andererseits Menschen, die von der Wohlfahrt lebten, statt zu arbeiten oder Flüchtlinge, die vom Staat unterstützt würden. Die "gestörte Balance in ihrem Bezug zur Arbeit bei gleichzeitigem Mangel an legitimen Ausdrucksformen für das Leiden scheint in vielen Fällen der Schlüssel für das Verständnis des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischem Wandel und politischen Reaktionen zu sein" (Flecker/Hentges 2004, 142).

Die gestörte Balance ist dabei nicht auf die unteren Segmente von Arbeit und Gesellschaft beschränkt. Dörre u.a. (2004, 94) haben gezeigt, dass Prekariationsängste ähnliche Orientierungen nach sich ziehen können, wie tatsächliche Erfahrungen von Prekarisierung und Ausgrenzung; darüber hinaus hat der Niedergang der Start-up-Ökonomien viele mit Gefahr und Realität eines plötzlichen sozialen Abstiegs bekannt gemacht. Die Angestellten und *freelancer* des IT-Sektors "tendieren zu individualistischen Bearbeitungsweisen ihrer Probleme mit Stress, Druck und enormen Arbeitslasten: verlass dich auf dich Selbst in einer mitleidlosen und konkurrenzialen Welt mit ihren Unsicherheiten, Risiken und Unwägbarkeiten" (Hentges u.a. 2003, 51; Übers. CK). Diese Bewältigungsweisen gehen mit verschärften Ausgrenzungsforderungen gegen solche einher, die sich in der sozialen Sicherheit auszuruhen scheinen und ihr Leben nicht an den selben Normen von Wettbewerb und Erfolg orientieren. "Diese Normen bilden Wahrnehmungsweisen heraus, die zu neoliberalen, mitleidlosen oder sozialdarwinistischen Haltungen führen." (Ebd., 58; Übers. CK) Da die Durchsetzung der neuen flexiblen Anforderungen auch ein Projekt der hochtechnologischen Spezialisten war, liegen rechte Kapitalismuskritiken hier nicht unmittelbar nahe. Verbindungen zu den Denkformen der extremen Rechten finden sich über sozialdarwinistische Vorstellungen und die Konstruktion, dass gerade ausländische Menschen eine Belastung der sozialen Sicherheitssysteme darstellten, die von den hart arbeitenden "Inländern" zu finanzieren seien. Dabei klingen auch die Anrufungen an die Leistungsbereitschaft an, die untergründig mit dem Konzept der Volksgemeinschaft artikuliert werden: wer sich hier nicht einfindet, gerät schnell auf die Seite der "inneren Feinde" des Volkes.

25) Der von der JN aufgerufene Peronismus ist geradezu Musterbeispiel für das Zusammenspannen gewerkschaftlicher, volksbezogener und faschistoider Elemente und wird bis heute von beiden Seiten reklamiert.

26) Europaweite qualitative Untersuchung zu Veränderung der Anforderungen in der Arbeit und rechtspopulistischen Denkweisen, vgl. www.siren.at und Flecker/Hentges 2004.

Politische Botschaften und Ideologien des Rechtspopulismus, die die zweifache Abgrenzung "des Volkes" von Eliten oben und Ausgestoßenen unten in Anschlag bringen, finden hier Resonanz. Die Abgrenzung von angeblich untätigen Leistungsempfängern, also Flüchtlingen, Sozialhilfeempfängern, Kranken und Behinderten, findet sich dabei bis in die höchsten Hierarchieebenen der Beschäftigten (oft auch als Wohlstandschauvinismus bezeichnet) und ist auch in gewerkschaftlichen Kreisen verbreitet (vgl. Fichter u.a. 2004). Die in Deutschland vollzogenen Hartz-Reformen setzen ähnliche Gefühle von Ungerechtigkeit frei: mit dem Wechsel zu ALG 2 und den erweiterten Zumutbarkeitskriterien können auch langjährig Beschäftigte eine Deklassierung nicht abwehren. Jahrelange Abgaben gehen den Einzelnen verloren und nähren das Ressentiment gegen gesellschaftliche Gruppen, die "stattdessen" finanziert werden. Die völkischen Sozialstaatskonzepte greifen diese Erfahrungen auf.

Angst vor Deklassierung, Unsicherheit und Ohnmachtgefühle, die mit industriellem Niedergang, prekärer Beschäftigung und Entwertung von Fähigkeiten und Qualifikationen verbunden sind, ist das zweite Begründungsmuster der SIREN-Untersuchung. Auch hier werden Erfahrungen von Seiten der extremen Rechten systematisiert und artikuliert: Die Erfahrung, Spielball der ökonomischen Entwicklung oder anonymer Mächte zu sein, wird verbunden mit rechtspopulistischen Mobilisierungen, die die Bevölkerung als passives Opfer von übermächtigen Gegenspielern ansprechen. Die Anrufung der "Arbeiter", des "Volkes" spricht die Erfahrungen kollektiver Schicksale an und verspricht Handlungsfähigkeit. Ähnlich "funktioniert" die nostalgische Wertschätzung der guten alten (Arbeiter-)Zeiten und die populistische Glorifizierung von traditionellen Gemeinschaften. Ebenso vermag die Thematisierung von nationalen oder subnationalen Einheiten als Träger kollektiver Interessen die Ohnmachtgefühle anzusprechen, die sich nicht nur auf die individuelle Ebene beziehen, sondern auch auf kollektive Einheiten wie Regionen – "der Osten", "Padanien" –, die Arbeiterklasse, die Nation. Die "völkische Identität" birgt das Versprechen von sozialer Sicherheit und Gleichheit, Solidarität und Zugehörigkeit. Die Aufwertung entlastet von der Sorge, ob man selbst "dazu" gehören wird, ob die im neuen Sozialstaat geforderte eigene "Aktivierung" ausreichen wird. Gleichzeitig wird das Prinzip der Konkurrenz für den verschärften Kampf um gesellschaftliche Ressourcen gegen "undeutsche" Elemente genutzt.

Rechtsextremeres Denken ermöglicht also ein widersprüchliches Bewegen in den neoliberalen Subjektanforderungen: einerseits werden sie zurückgewiesen und im rechtsextrremen Modell vom Volksgemeinschaftlichem Sozialstaat aufgelöst; andererseits werden ihre Formen der Ausgrenzung, Brutalisierung, Mobilisierung des Subjekts aufgegriffen und gegen die gesellschaftlich Marginalisierten gewendet. Es ermöglicht damit ein "Denken in den Formen", das sich

inhaltlich dennoch als Opposition geriert, mithin die Grundlagen gesellschaftlicher Konkurrenz und Verwertung affirmiert.

Konsequenzen für linke Bearbeitungen

Die Zustimmung zu rechten Politikoptionen kann also als "völkisches Wohlfahrtsstaatsbewusstsein" gefasst werden.

Wenn die Linke mit einer Besetzung des Nationalen oder einer völlig aussichtslosen Verteidigung des Nationalstaats gegen die Globalisierung antritt, statt solidarische Vergesellschaftungsformen auf globalem Niveau zu formulieren, dann spielt sie in der Hälfte der modernen Nazis und bleibt immer in der Defensive.

Ein einfaches Zurück zum fordistischen Wohlfahrtsstaat, sei er nun sozialistischer oder sozialdemokratischer Prägung, kann und wird es nicht geben – und die entsprechenden linken Diskurse, die so tun, als wäre es anders, kranken regelmäßig nicht nur an der Frage der Realisierbarkeit, sondern auch daran, dass die problematischen Aspekte des Fordismus darin unterbeleuchtet bleiben: schließlich war er nicht der Garten Eden, sondern ein Klassenkompromiss, der Faschismus und Rassismus, einen rigiden Konformismus, Zwangsheterosexualität, Lustfeindlichkeit und Unterwerfung nicht aus- sondern einschloss.

Um die "Entwendungen aus der Kommune" in emanzipatorische Konzepte zu überführen, muss es der Linken gelingen, diese Aspekte neu einzubetten. Zentral sind dabei die Momente sozialer Sicherheit ebenso wie die Fähigkeit, ein "Gesamtkonzept" zu bieten, vor dessen Hintergrund die gesellschaftlichen Entwicklungen interpretiert und veränderndes Handeln begründet werden können.

Die Linke stößt hier immer wieder auf Grenzen: wie lässt sich die Verteidigung sozialer Rechte der Bevölkerung in den ehemaligen "Zentren" in eine emanzipatorische Konzeption einbetten, die den Korporatismus nicht einfach von Deutschland auf die EU ausweitet? Der Standpunkt "privilegierter Solidarität" kann die Herausforderungen der transnationalen Produktionsweise höchstens klientelistisch beantworten. Er wird aber nicht die Herausforderungen aufgreifen können, neue Formen der Solidarität zu entwickeln, die auf der "Höhe der Zeit", damit auf der Höhe der aktuellen kapitalistischen Produktionsweise argumentieren. Damit wird er immer aus einer Position der Schwäche agieren. Stattdessen geht es um eine Perspektive der Organisation von Kämpfen etwa entlang der über den Globus gestreuten Verwertungsketten.

Die Passivierungseffekte der fordistisch-sozialdemokratischen Regierungen wie der neoliberalen Sachzwangdebatten können nicht einfach "von oben" beantwortet werden. Durchaus nicht alle Interviewten der SIREN-Untersuchung haben die gesellschaftlichen Umarbeitungen rechts verarbeitet: Andere, die aufgrund von Umstrukturierungen sich plötzlich in Konkurrenz mit gesellschaftlich unterlegenen Gruppen wiedergefunden haben, haben sich trotzdem nicht

dem Rechtsextremismus zugewandt. Sie konnten auf andere theoretische Verarbeitungsformen, eine Biografie des politischen Engagements, Erfahrungen mit Organisation von Demonstrationen und Widerstand etc. zurückgreifen.

Klaus Holzkamp verweist auf die Notwendigkeit einer "kooperativen Integration" (1983, 373), damit für die Subjekte überhaupt ein Denken funktional wird, in dem nicht das ideologisch nahe gelegte sich einfach reproduziert, ein "Denken über die Formen" möglich wird. Diese kooperative Integration kann neu gefasst werden als Formen von gegenhegemonialen Bewegungen, Diskursen, als gesellschaftliche Repräsentation von Kritik und Utopie, die aber 'stark', 'wahrnehmbar' genug sein müssen, um überhaupt potenziell in die Prämissen von Handlungsbegründungen eingehen zu können. Als "subjektive Seite" der Repräsentationskrise kann verstanden werden, dass die Menschen, die aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Anforderungen sich gezwungen sehen, ihre Position in der Welt zu überdenken und neu zu begründen, kaum Denk- und Deutungsangebote finden. Die hegemoniale Sichtweise beleuchtet vor allem die Hochglanz- und Erfolgsgeschichten der neuen Produktionsweise. Das Leiden an den Anforderungen ist in der "Mitte" kaum repräsentiert, die linken Thematisierungen sind vielfach schwach.

Teile der Linken rufen in Kritik an der neoliberalen Globalisierung den fordistischen Wohlfahrtsstaates auf. Die extreme Rechte ihrerseits wuchert mit dem 'repressiven Subtext' fordistischer Lebensweisen und beide versprechen gleichzeitig den radikalen Bruch mit dem Bestehenden.

Doch der Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 zeigt, dass die Kritik von Sozialstaatsreformen, Globalisierung und Kapitalismus nicht per se rechts kodiert ist. Daraus ergibt sich die Anforderung an linke Politik, die Entwicklung popular-demokratischer Positionen voranzubringen, in denen die alltäglichen Erfahrungen, das Leiden und die Widersprüche der Produktionsweise repräsentiert sind und Perspektiven auf die nach-kapitalistische Gesellschaft eröffnet werden.

Eine abstrakte und ausschließliche Fundamentalkritik oder eine Orientierung auf realpolitisch mögliche, kleine Schritte, die notwendig im Rahmen des bestehenden argumentiert, werden es nicht vermögen, Perspektiven auf eine veränderte Gesellschaft mit den Erfahrungen der Umarbeitung von Lebensweisen bei den Menschen zu verbinden und wird ihnen so auch keinen Grund geben, dieses politische Projekt als ihr eigenes zu übernehmen.

Christina Kaindl, Diplom-Soziologin,
ist Lehrbeauftragte an der FH Magdeburg-Stendel

Literatur

- Betz, Hans-Georg, "Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie", in: Wilhelm Heitmeyer und Dietmar Loch (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M 2001, 167-85
- Bloch, Ernst, *Erbschaft dieser Zeit*. Gesamtausgabe Bd. 4 (1934), Frankfurt/M 1962
- Dörre, Klaus, Klaus Kraemer und Frederic Speidel, "Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?", in: Joachim Bischoff, Klaus Dörre, Elisabeth Gauthier u.a. (Hg.), *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*, Hamburg 2004, 77-118
- Fichter, Michael, Richard Stöss, Joachim Kreis u. Bodo Zeuner, *Abschlussbericht des Forschungsprojekts "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"*, www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex, 2004
- Flecker, Jörg, u. Gudrun Hentges, "Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa", in: Joachim Bischoff, Klaus Dörre, Elisabeth Gauthier u.a. (Hg.), *Moderner Rechtspopulismus*, Hamburg 2004, 119-49
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, hgg. v. K. Bochmann u. W.F. Haug, Hamburg 1991ff
- Greven, Thomas, *Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance*, in: Thomas Greven u.a. (Hg.), *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden 2006, 15-29
- Hartz, Peter, *Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können*, Frankfurt/M 2001
- Heitmeyer, Wilhelm, "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse", in: ders. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*, Frankfurt/M 2002, 15-33
- Hentges, Gudrun, Malte-Henning Meyer, Jörg Flecker u.a., *The Abandoned Worker – Socio-economic Change and the Attraction of Right-wing Populismus. European Synthesis Report on Qualitative Findings*, Wien 2003
- Holzkamp, Klaus, *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt/M 1983
- Hüpping, Sandra, "Anomia. Unsicher in der Orientierung sicher in der Abwertung", in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände, Folge 4*, Frankfurt/M 2006, 86-100
- Nachtwey, Oliver, "Solidarität als Privileg", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 8/2005, 907-9
- Scharenberg, Albert, "Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung", in: Thomas Greven und Thomas Grumke (Hg.), *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden 2006, 70-111

Ulla Jelpke

Demokratieabbau, Neofaschismus – und demokratische Gegenkräfte

Wenn wir einschätzen wollen, wie der Stand der Grundrechte in diesem Land ist, dann werfen wir am besten einen Blick zurück auf den G8-Gipfel im Vorjahr. Dort hat sich vieles von dem konzentriert, was Bundesregierung und der so genannte Sicherheitsapparat sich für die Zukunft vorgenommen haben:

Es gab ein totales Demonstrationsverbot in einem mehrere Quadratkilometer umfassenden Gebiet. Damit sollte dafür gesorgt werden, dass die herrschende Welt-Elite ungestört ihren Geschäften nachgehen kann.

Es gab schon frühzeitig eine Angst- und Diffamierungskampagne, in der Globalisierungskritiker als Terroristen und Gewalttäter diffamiert worden sind. Einen Monat vor dem Gipfel fanden bundesweit Razzien statt, es wurden Computer beschlagnahmt, Geruchspuren genommen usw.

Es gab während des Gipfels rund 16.000 Polizisten im Einsatz. Hunderte von Demonstranten wurden in Käfige gesperrt, wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten blieben.

Und es gab den bisher umfangreichsten Bundeswehreininsatz im Inland. Aufklärungsflüge durch Tornados, Spähpanzer und Hunderte von Feldjägern leisteten der Polizei direkte Zuarbeit für die Repressionsmaßnahmen.

Der Weg zum permanenten Ausnahmezustand

Der Weg, den die Sicherheitsbehörden – ich ziehe den Begriff Repressionsapparat vor – seit 2001 eingeschlagen haben, ist der Weg zum permanenten Ausnahmezustand.

Ich will im Folgenden zunächst auf einige wichtige Charakterzüge der Sondergesetze und besonders auf die schleichende Aufweichung grundlegender bürgerrechtlicher Regeln eingehen, Stichwort: Unschuldsvermutung und Folterverbot. In einem zweiten Teil komme ich zur Entwicklung im neofaschistischen Bereich.

Der Grundtenor der so genannten Antiterrorgesetze lautet, grundsätzlich allen zu misstrauen, alle für verdächtig zu halten und alle rigiden Kontrollen zu unterwerfen. Dabei sind Ausländerinnen und Ausländer – vor allem solche islamischen Glaubens – ganz besonders betroffen. An ihnen wird, wie schon oft in der Geschichte, vorexerziert, was später auf die "eingeborene" Bevölkerung übertragen wird.

So ist zuerst im Ausländerrecht festgeschrieben worden, biometrische Merkmale zu erheben, also Fingerabdrücke zu nehmen. Selbst DNS-Proben werden heutzutage wie selbstverständlich von ausländischen Familienangehörigen verlangt, die nachziehen wollen, angeblich freiwillig, aber ohne DNS-Proben wird eventuell die Einreisegenehmigung verweigert.

Inzwischen ist die biometrische Erfassung auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt. Wer heute einen neuen Pass haben will, muss seine Fingerabdrücke abgeben; das digitale Passbild ist sowieso schon Alltag.

Zu den gravierendsten gesetzlichen Bestimmungen im Ausländerrecht gehört allerdings die Kategorie des so genannten "Gefährders". Ein solcher ist, in der Definition des Innenministeriums, "eine Person, bei der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen wird."

Diese Bestimmung muss man sich merken, denn sie ist praktisch der Kern aller Gesetzesverschärfungen: Es geht hier um unbescholtene Menschen. Sie sind noch nicht einmal angeklagt. Es genügt, dass die Polizei vermutet, sie könnten vielleicht straffällig werden. Nachprüfen kann man das nicht, häufig werden die Informationen von den Geheimdiensten kommen.

Ein schlichter Verdacht führt, wenn man das alte bürgerliche Recht ernst nimmt, zu einer Anklage, und dieser folgt eine Gerichtsverhandlung. Der Angeklagte gilt solange als unschuldig, bis er rechtskräftig verurteilt wird.

Doch bei den so genannten Gefährdern gilt das nicht. Obwohl es noch nicht einmal genügend Verdachtsmomente gibt, um überhaupt eine Anklage zu rechtfertigen, sind sie ganz konkreten und handfesten Repressalien nach dem Ausländergesetz ausgesetzt; insbesondere ist es leichter, ihnen die Einreise zu verweigern, ihnen den Aufenthaltsstatus in der BRD zu nehmen und sie abzuschieben.

Gegenwärtig wird dieser – aus meiner Sicht klar rechtsstaatswidrige – Ansatz auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt. Die Grundidee des Überwachungsstaates lautet: alle sind verdächtig, alle müssen kontrolliert werden, und wer sich der Kontrolle entziehen will, ist erst recht verdächtig.

Wir merken das sehr deutlich bei solchen Projekten wie automatische Video-Erfassung von Autokennzeichen und vor allem der Vorratsdatenspeicherung. Seit dem Januar dieses Jahres wird jedes unserer Telefongespräche protokolliert. Zwar nicht der Inhalt –

soweit ist es noch nicht – aber es wird ein halbes Jahr lang gespeichert, wer von uns mit wem telefoniert, wann genau und wie lange das Gespräch dauert. Bei Handys wird außerdem gespeichert, wo sich die Telefonierenden gerade aufhalten. Ähnlich ist es bei E-Mails und Internetsurfen. Auf diese so genannten Verkehrsdaten sollen laut Gesetz nicht nur die Polizei Zugriff haben, sondern auch Geheimdienste. Das sollte wohl jedem verdeutlichen, dass hier keinerlei demokratische Kontrolle mehr übrig bleibt.

Das Beispiel der Vorratsdatenspeicherung zeigt auch, welche Einigkeit, bei allen übrigen taktischen Geplänkeln, zwischen Union und SPD herrscht. Denn sie ist kein Projekt von Innenminister Wolfgang Schäuble, sondern von der SPD-Frau und Justizministerin Brigitte Zypries.

Ich will in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, dass die Bundesanwaltschaft im Verfahren gegen die "militante Gruppe" im letzten Jahr den Umstand, dass die Verdächtigen bei bestimmten Anlässen ihre Mobiltelefone zu Hause gelassen hatten, als belastendes Indiz gewertet hat. Wer sein Handy nicht dabei hat, verhindert, abgehört bzw. geortet zu werden, und allein das macht ihn in der Logik der Sicherheitspolitiker bereits verdächtig.

Der geplante gegenseitige Datenaustausch BRD-USA

Den neuesten Ausdruck der Überwachungsphantasien finden wir im geplanten Abkommen zwischen der Bundesregierung und den USA zum gegenseitigen Datenaustausch.

Ich will Euch diesen bislang nicht veröffentlichten Vertrag kurz vorstellen.

Es geht darin um den gegenseitigen Zugriff von deutschen und US-Behörden auf die jeweiligen Fingerabdruck-Dateien. Wenn es der Bekämpfung des Terrorismus dient, darf das Bundeskriminalamt den USA auf Anfrage die zu einem Fingerabdruck passenden Daten geben. Das sind zunächst Anschrift, Familienstand, Passnummer, auf Verlangen aber auch alle anderen Daten, die über die betreffende Person gespeichert sind.

Auch hier tauchen wieder die Gefährder auf. Sobald der "Verdacht" besteht, so heißt es in dem Vertragstext, dass jemand in Zukunft eine terroristische Straftat begehen könnte, dürfen die Daten ausgetauscht werden. Es ist uns ja allen bekannt, wer in der BRD und erst recht in den USA schon alles beschuldigt wurde, ein potenzieller Terrorist zu sein.

Was allerdings dem Fass den Boden ausschlägt, ist Artikel 12 des Abkommens: "Personenbezogene Daten, aus denen die Rasse oder ethnische Herkunft, politische Anschauungen, religiöse oder sonstige Überzeugungen oder die Mitgliedschaft in Gewerkschaften hervorgeht oder die die Gesundheit und das Sexualleben betreffen", dürfen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden, sofern sie "besonders relevant sind."

Gewerkschaftszugehörigkeit soll jetzt also relevant für die Terrorbekämpfung sein; und die politischen Meinungen, sexuellen Vorlieben und andere, persönliche und höchst intime Details, all das soll preisgegeben werden, wenn die Repressionsbehörden sie für relevant halten.

Im Innenausschuss wurde wiederholt nachgefragt, was denn dieser Absatz in einem Antiterrorpapier zu suchen hat. Es gab keine Antwort darauf, klar geworden ist allerdings, dass der ganze Absatz auf beharrliches Drängen der US-Seite in das Abkommen eingebaut wurde.

Das macht es nicht besser, denn zugleich wurde uns Parlamentariern erklärt, dass man nichts mehr ändern könne. Die Verhandlungen mit den USA seien abgeschlossen, und jetzt kann der Bundestag nur noch pauschal zustimmen oder pauschal ablehnen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse dürfte klar sein, wie das ausgeht.

Etliche der Gesetzesverschärfungen haben so eindeutig gegen das Grundgesetz verstoßen, dass sie vom Bundesverfassungsgericht ganz oder teilweise kassiert worden sind.

Das gilt zum Beispiel für die Rasterfahndung nach dem 11. September 2001, die – allerdings erst im Nachhinein – als rechtswidrig verworfen wurde.

Das Luftsicherheitsgesetz, das von SPD und Grünen beschlossen worden war, sah die Möglichkeit vor, Zivilflugzeuge mit unschuldigen Passagieren bei Terrorverdacht abzuschießen – ein klarer Verstoß gegen die Menschenwürde, urteilten die Karlsruher Richter.

Das Abhören von Telefonen, der Große Lauschangriff, die Abfrage von Kontostammdaten – allesamt wurden sie vom Verfassungsgericht zusammengefasst.

Zuletzt gab es Entscheidungen zur Online-Durchsuchung, zum Autokennzeichen-Screening und die Eilentscheidung zur Vorratsdatenspeicherung. Auch da bekamen wir höchstinstanzlich bestätigt, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen der Bundesländer ein ums andere Mal die Verfassung verletzen, immer im Namen der Sicherheit.

So begrüßenswert die meisten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind: Es weist längst nicht sämtliche Regierungspläne von sich.

Online-Durchsuchung: Die private Lebensgestaltung gerät ins Visier

Die Entscheidung zu Online-Durchsuchungen zum Beispiel ist durchaus zweischneidig. Zu Recht haben die Richter festgestellt, dass die heimliche Durchsuchung eines Computers zwangsläufig in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung eingreifen muss. Dieser Kernbereich galt bislang als unverletzlich. Beim Abhören von Telefonen musste das Aufnahmegerät abgeschaltet werden, sobald über private Dinge gesprochen wurde. Das war zumindest die Theorie.

Bei Online-Durchsuchungen geht das nicht, weil man den Dateien erst dann ansieht, ob sie Privates beinhalten, nachdem man sie heimlich kopiert und geöffnet hat. Aus meiner Sicht wäre daraus der Schluss zu ziehen, dass man eben auf dieses heimliche Durchsuchen verzichten muss. Es bleiben ja immer noch die gewöhnlichen Mittel der Hausdurchsuchung. Die Verfassungsrichter haben stattdessen entschieden, dass es genügt, sämtliche Dateien erst von Richtern durchsehen zu lassen, die dann die privaten Dinge aussortieren sollen und den Rest anschließend der Polizei aushändigen können.

Das wird praktisch ein Ding der Unmöglichkeit. Man stelle sich vor, man müsste auf einem fremden Rechner sämtliche Dateien durchsehen, ob sich nicht irgendwo zwischen Textentwürfen, Steuererklärungen, Urlaubsfotos, Rechnungen, Musik und Videos der eine oder andere Bombenbauplan befindet. Das dürfte einen Richter wohl einige Wochen lang beschäftigen.

Die Erfahrung zeigt aber, und das sagt auch der Richterbund immer wieder, dass die Richter für so etwas einfach keine Zeit haben. Es ist schon heute bei den Anträgen auf Telefonüberwachung so, dass die Prüfung höchst oberflächlich ausfällt. Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, denen zufolge die Richter häufig einfach nur die Anträge der Staatsanwälte Wort für Wort übernehmen, zum Teil inklusive der Rechtschreibfehler, nach dem Prinzip "kopieren/einfügen".

Wenn die Richter nun auch noch Festplatten durchsehen sollten, wäre es illusorisch, auf mehr Sorgfalt zu vertrauen. Insofern finde ich es bedauerlich, dass das Verfassungsgericht den Online-Durchsuchungen nicht einen klaren Riegel vorgeschoben hat. Von daher müssen wir konstatieren: Die größten Angriffe auf die Verfassung sind in diesem Bereich zwar zurückgeschlagen, aber ein kleiner Schaden bleibt dennoch.

Und so geht es leider häufig. Denn die Angriffe auf die Grundrechte erfolgen ja nicht nur in Form von Gesetzen. Mindestens genau so schlimm ist das unermüdliche Infragestellen von zentralen Verfassungswerten. Gerade Innenminister Schäuble beherrscht diese Taktik, das Grundgesetz unter Dauerfeuer zu nehmen und langfristig Löcher hineinzuschießen. Kaum ein Wochenende vergeht, an dem er nicht via Bild am Sonntag, Welt am Sonntag oder Spiegel völlig übertriebene Terrorwarnungen ausstößt, hinter denen sich meist nur heiße Luft verbirgt. Das Kalkül ist deutlich: Ein Klima schaffen, in dem die Grundrechte als Gefährdung der Sicherheit erscheinen. Schäuble äußert immer wieder, es dürfe keine Denkverbote geben, er tut so, als stelle er wichtige Fragen, und er stellt damit nichts weniger zur Diskussion als das Grundgesetz.

Schäuble und die Folter

Ich will seine Taktik am Beispiel des Folterverbots vorführen. Bezeichnend dafür ist ein Gespräch zwischen Schäuble und dem US-Minister für Heimatschutz, Michael Chertoff, das Anfang des Jahres im Spiegel do-

kumentiert war. Anlass des Interviews war ein internationales Treffen zum Thema Terrorabwehr. Schäuble erzählt: "Jeder hat ja so seine Erfahrung: Unser spanischer Kollege mit der ETA, der Briten mit der IRA, wir mit der RAF. Und unser französischer Partner hat an die Erfahrungen aus dem Algerien-Krieg erinnert."

In jedem dieser Fälle sind Folter, im Fall des Algerien-Krieges sogar regelrechte Massaker begangen worden. Und solche Erfahrungen sollen also wichtig für den aktuellen Antiterrorkampf sein?

In dem Gespräch ging es auch um die in den USA immer noch erlaubte Foltermethode des waterboarding, also des simulierten Ertränkens von Gefangenen. Chertoff sagt dazu: "Wir wollen die Leute ja nicht misshandeln, aber wir brauchen nun mal Informationen von ihnen." Und er sagt ganz offen, dass er ein Problem damit habe, den Gefangenen von Guantanamo ihre Rechte einzuräumen, denn dann würden sie ja womöglich die Aussage verweigern. Und was sagt Schäuble dazu? "Es ist schwierig, und gerade deshalb werde ich keine Denkverbote akzeptieren."

Das ist einfach skandalös, denn das öffnet der Willkür Tür und Tor. Was Schäuble da zu denken geben will, ist die Preisgabe der Demokratie.

Und Schäuble sagt so etwas nicht nur, sondern er handelt auch danach, wie schon sein Vorgänger Schily. Es hat seinen Grund, wenn der US-Minister sagt, Guantanamo sei für ihn vor allem ein Imageproblem, die Zusammenarbeit mit den Verbündeten sei aber unverändert exzellent. Da hat er Recht, schließlich profitieren auch deutsche Geheimdienste und selbst das Bundeskriminalamt gerne von der Vorarbeit, die ihre Kollegen in Guantanamo und in anderen Folterknästen leisten. Und wir erinnern uns daran, wie vehement der SPD-Mann Steinmeier die Rückkehr von Murat Kurnaz hintertrieben hat, und mit welcher Dreistigkeit er heute noch sagt, er würde noch einmal ganz genauso handeln.

Ich will noch auf eine weitere Entwicklung hinweisen, die darauf hinausläuft, eine Kontrolle des Datenschutzes und die Einforderung von Bürgerrechten immer mehr zu erschweren, und zwar auf die Internationalisierung der so genannten Sicherheitspolitik.

Der Trend geht immer mehr dahin, die Beschneidung von Bürgerrechten auf einer internationalen Ebene zu planen und vorzunehmen, während die demokratischen Mitspracherechte auf einer nationalen Ebene verharren und, wenn man es so sagen will, gar nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Zum Beispiel das bereits erwähnte Abkommen mit den USA: Wir haben zwar in Deutschland einen Datenschutzbeauftragten, aber an die Daten, die erst einmal in die USA gewandert sind, kommt man nicht mehr heran. Es gibt in den USA keinen unabhängigen Datenschutzbeauftragten, und das dortige Datenschutzgesetz ist nicht nur auf einem niedrigeren Niveau als hier, sondern es gilt explizit nur für ständige Einwohner der USA und nicht für Ausländer.

Dann gibt es so genannte Terrorlisten, sowohl auf der Ebene der Vereinten Nationen als auch der EU. Diese Terrorlisten führen sowohl islamistische als auch links gerichtete Organisationen auf. Das betrifft natürlich Al-Kaida, aber auch die PKK und die kolumbianische FARC, die Hamas genauso wie die baskische Batasuna. Man muss die einzeln aufgeführten Gruppierungen nicht mögen, um zu dem Schluss zu kommen, dass die Listen ein einziger Anschlag auf demokratische Grundrechte sind.

Die rechtlichen Möglichkeiten, um aus diesen Listen gestrichen zu werden, sind vollkommen unterentwickelt. Das sagt auch der Sonderermittler des Europarats, Dick Marty. Es reicht schon ein vager Verdacht aus, um als unbescholtener Bürger auf die Terrorlisten zu kommen. Und ein einfacher Verdacht genügt, um gravierende Folgen wie die Sperrung von Konten nach sich zu ziehen.

Erst vorige Woche hat der Europäische Gerichtshof zwar entschieden, dass die PKK zu Unrecht auf der Liste ist. Aber: Praktische Folgen wird das Urteil nicht haben. Das geheim tagende Gremium des EU-Rates hat schon längst eine neue Liste aufgesetzt, die von dem Urteil nicht betroffen sei, wie es heißt. 54 Personen sowie 48 Gruppen und Organisationen stehen derzeit darauf.

Fast noch bedrohlicher ist die Terrorliste des UN-Sicherheitsrates. Nach dem aktuellen Stand versammelt die Liste auf 64 Seiten Namen und, soweit bekannt, Daten von angeblichen Mitgliedern der Taliban bzw. der Al-Kaida. Es gibt überhaupt keine Möglichkeit, sich von dieser Liste runterzuklagen. Das einzige, was man machen kann, ist, ein Gesuch an den Sicherheitsrat zu richten. Das widerspricht ganz eklatant jedem Rechtsverständnis.

Und auch hier ist die Unschuldsvermutung wieder aufgehoben und der bloße Verdacht hat ganz eklatante Folgen. Nicht nur, was die Einreise in die USA angeht, davon wird man jedem abraten, der auf der Liste steht. Aber auch in der BRD gibt es Fälle, in denen etwa Privatmenschen am Kauf von Grundstücken gehindert werden, weil sie auf der Liste stehen. Es kommt zu Problemen in den JobCentern, wenn Menschen ihr Arbeitslosengeld abholen wollen. Es gibt Fälle, bei denen Steuerrückzahlungen verweigert werden; alles, weil jemand entweder auf der Liste steht oder auch nur eine Namensgleichheit aufweist. Selbst der Berliner Innensenator Ehrhart Körting hält diese Liste für unvereinbar mit der UN-Menschenrechtscharta.

Wann ist einer "Terrorist"?

Bei alledem fehlt übrigens eine exakte Definition des Terrorismus. Das Präziseste, was man hört, z.B. im Gesetz zur Anti-Terror-Datei, ist: Terrorismus sei "illegale Gewalt zur Erreichung politischer Ziele". Damit sind natürlich nicht die völkerrechtswidrigen Angriffskriege der Nato-Staaten gemeint.

Tatsache ist aber: Was gestern noch als Freiheitsbewegung galt, z.B. die moslemischen Kämpfer im Afghanistan der 80er Jahre, wird heute als islamistischer Terror gekennzeichnet. Terror ist das, was die Außenpolitiker der Nato-Staaten zum Terror erklärt haben wollen.

Weitere Willkür wird derzeit vorbereitet mit der Verschärfung der §§ 129a und 129b. Geplant sind vor allem zwei neue Straftatbestände. Zum einen soll die so genannte Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder bestraft werden. Im Moment ist es nur verboten, direkte Unterstützung für so genannte terroristische Vereinigungen zu leisten, wie etwa direkte Mitarbeit oder das Sammeln von Spenden. In Zukunft soll das ausgeweitet werden und das "Werben um Sympathie" bestraft werden, wie es in der Gesetzesbegründung heißt. Das kann im Einzelfall darauf hinauslaufen, dass Bemerkungen wie etwa "Ich finde den Widerstand der kolumbianischen FARC richtig", unter Strafe gestellt werden.

Die andere Verschärfung bezieht sich auf so genannte Terrorcamps. Im Wortlaut: "Wer Ausbildungsangebote terroristischer Vereinigungen wahrnimmt [] wird mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Daran ist zweierlei problematisch: Zum einen gibt es, wie gesagt, keine Definition von Terrorismus, so dass auch unklar ist, was genau als Sympathiewerbung dafür ausgelegt werden kann. Im Zweifelsfall alles. Zum anderen ist die Formulierung, "Ausbildungsangebote" genauso schwammig. Hier wird noch nicht mal einschränkend nur auf militärische Ausbildung oder Ausbildung an Schusswaffen oder Sprengstoffen abgestellt, sondern auf jegliche Ausbildung. Wo soll das enden? Die Gesetzesbegründung räumt ein, dass ausdrücklich auch der bestraft werden soll, für den "noch keine konkrete Vorstellung über den Einsatz des [] Erlernen erkennbar ist."

Man kann das, was hier vorgestellt wird, als Logik des Kriegsrechts begreifen. Tatsächlich wird ja der so genannte Krieg gegen den Terror auf zwei Ebenen geführt: Im Inland, wo nach und nach Grundrechte eingeschränkt werden, und im Ausland, wo zunehmend militärische Gewalt eingesetzt wird. In der Sprache der Bundesregierung wird dieses Konzept "Vernetzte Sicherheit" genannt. Das bedeutet, dass "Sicherheit" – d.h. das, was die Bundesregierung darunter versteht – eine gemeinsame Aufgabe aller Ressorts ist, also eine Aufgabe sowohl das Militärs als auch der Kultur, Wissenschaft, Bildung, und natürlich der Polizei.

Deswegen ist ein Bestandteil des Demokratieabbaus im Namen des Antiterrorkampfes der Einsatz der Bundeswehr im Inland. Im Weißbuch der Bundeswehr heißt es hierzu: "Angesichts von Gefahren wie der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und den internationalen Terrorismus haben die Überschneidungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zugenommen. Streitkräfte müssen darauf einge-

stellt sein, auch im Inland ihre Fähigkeiten unterstützend für die Sicherheit und den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen."

Diese Pläne enden noch lange nicht bei dem gescheiterten Luftsicherheitsgesetz, für den die Koalition einen zweiten Anlauf nehmen will. Verteidigungsminister Jung und vor allem Schäuble bleiben bei ihren weitergehenden Forderungen und wollen weiterhin, dass die Bundeswehr auch zum Objektschutz und zur Personenkontrolle usw. im Inneren eingesetzt werden darf.

Bezeichnenderweise halten diejenigen, die von solchen Plänen zunächst betroffen wären, Soldaten und Polizisten, überhaupt nichts davon. Unisono erklären sowohl der Präsident des Bundeswehrverbandes als auch der Chef der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, dass Soldaten schlicht und einfach nicht die fachlichen Kompetenzen haben, um Polizeiaufgaben durchzuführen. Aus der Tatsache, dass die Bundeswehr im Kosovo wie eine Art Polizei agiert, kann man nicht schließen, dass sie das dann auch im Inland könnte; dafür ist die Situation viel zu unterschiedlich; weil die Bundeswehr im Kosovo mehr oder weniger nach Kriegsrecht handelt, und wir in der BRD 16 verschiedene Landespolizeigesetze haben.

Heimatfront Deutschland

Dennoch ist diese Entwicklung, dieser zunehmende Ruf danach, auf unseren Straßen Militärpatrouillen marschieren zu lassen, in gewisser Hinsicht konsequent. Jeder Krieg hat seine Heimatfront. Wer der Meinung ist, am Hindukusch werde Deutschland verteidigt, der hat den Verteidigungsbegriff völlig entgrenzt. Wer keine geographische Begrenzung und keine Landesgrenzen für den Einsatz seiner Armee akzeptieren will, warum sollte der ausgerechnet vor der eigenen Landesgrenze Halt machen? Solch eine Haltung läuft zwangsläufig darauf hinaus, in München und Berlin mit den gleichen Methoden zu experimentieren wie in Kabul oder Pristina.

Wir sehen daran, dass der so genannte Krieg gegen den Terror die allgemeine Kulisse für all diese Entwicklungen gibt. Nicht nur die Trennung zwischen Polizei und Militär wird nach und nach abgebaut, sondern auch die Trennung von Polizei und Geheimdiensten. Als Lehre aus dem Dritten Reich wurde verfügt: Die Polizei darf nur gegen Verdächtige ermitteln, und sie muss im Prinzip über jeden Ermittlungsschritt Rechenschaft ablegen. Will sie eine Wohnung durchsuchen oder eine Festnahme vornehmen, muss sie eine richterliche Genehmigung einholen.

Die Geheimdienste dagegen können ohne jeden Anfangsverdacht ermitteln, sie können explizit Unverdächtige beobachten, sie sind nicht kontrollierbar, noch nicht einmal durch das Parlament – aber sie dürfen niemanden festnehmen und auch sonst keine Zwangsmittel einsetzen.

Von einer strikten Trennung beider Behördentypen können wir schon lange nicht mehr reden. Im Gemeinsamen Terrorabwehr-Zentrum in Berlin sitzen seit drei Jahren sämtliche Landeskriminalämter, alle drei Geheimdienste und eine Reihe weiterer Behörden Tag für Tag zusammen, um ihre Informationen zu "bündeln", wie es heißt. Darauf folgte die so genannte Anti-Terror-Datei, womit vorgesehen ist, die Datenbestände von drei Dutzend Sicherheitsbehörden zusammenzulegen. Die Datensammelwut kennt keine Grenzen mehr. Der Gesetzentwurf sieht vor, nicht nur Terrorverdächtige zu erfassen, sondern auch so genannte Kontaktpersonen, und das können alle möglichen Leute sein, die Familie genauso wie der Vermieter oder der Autoverkäufer, es gibt da keine Trennlinie mehr. Jeder ist verdächtig.

Es ist klar, worauf das hinausläuft: Die Handlungskompetenzen von Polizei und Geheimdiensten bleiben getrennt, aber wenn der Informationsfluss keine Grenzen mehr kennt, dann wird, auf dem Umweg über den Informationsaustausch, das Trennungsgebot elegant umgangen.

Neofaschismus: Der Rechtsextremismus rückt in die Mitte

Zur Bedrohung der demokratischen Grundrechte durch den Staat kommt die Bedrohung durch den organisierten Neofaschismus. Im neuesten Bericht des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes steht, neben unsäglich viel Unsinn über angeblichen Linksextremismus usw., eine leider nur allzu wahre Bemerkung: Die Stagnation, die der Bericht bei neofaschistischen Straftaten ausmacht – eine Stagnation auf extrem hohem Niveau – sei kein Grund zur Entwarnung. Denn, so heißt es weiter: Die zunehmende Präsenz von Neonazis speise sich "aus einem gleichbleibend hohen Niveau der Zustimmung, die rechtsextremistische Thesen in der bundesdeutschen Bevölkerung erfahren."

Man kann sich das so vorstellen, dass da ein einzelner Mitarbeiter einen mutigen Satz hineingeschrieben hat, der dann aus Versehen drin geblieben ist. Denn das ist ja etwas, das wir immer wieder sagen: Wer den Rechtsextremismus bekämpfen will, der muss bis in die Mitte der Gesellschaft gehen, der darf diejenigen nicht ausblenden, die verantwortlich sind für rassistische Hetzkampagnen, sprich: etablierte Medien und etablierte Politiker.

Eine Studie der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung hat deutlich gemacht: "Rechtsextreme Einstellung ist ein Problem in der Mitte der Gesellschaft, keines des Randes oder bestimmter Altersgruppen." Ein Drittel der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland stimmt demnach der Forderung zu, Ausländer "in ihre Heimat" zurückzuschicken. 40 Prozent befürchten eine Überfremdung des Landes. Und 26 Prozent stimmen der Aussage zu, Deutschland brauche eine "einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert."

Auch der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer beobachtet in seiner jährlichen Studie "Deutsche Zustände" eine kontinuierliche Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit, aber auch des Antisemitismus in der Gesellschaft.

Eine Untersuchung der Universität Leipzig aus dem Jahr 2006 kommt zu dem Ergebnis, dass 37 Prozent der Bevölkerung der Aussage zustimmen, die Ausländer kämen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen, und fast 40 Prozent fordern, "endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl zu haben".

Dass vor allem die CDU in Wahlkämpfen darauf setzt, in diesem rechtsgerichteten Milieu zu fischen und z.B. Roland Koch die Berichte über Jugendgewalt dazu nutzt, einen absolut rassistischen Endspurt im Wahlkampf hinzulegen, ist da kein Wunder. Solche Wahlkämpfe tragen dann ihrerseits dazu bei, die rassistischen Aussagen zu etablieren und ihnen den Schein politischer Seriosität zu geben. Nach dem Motto: Wenn sogar ein amtierender Ministerpräsident sagt, dass wir ein Ausländerproblem hätten, dann kann die Aussage ja nicht so falsch sein.

Wir haben es seit einigen Jahren mit einer neuen Qualität des Neofaschismus in Deutschland zu tun. Die NPD als Hauptkraft im rechtsextremen Lager hat sich seit den 90er Jahren von einer besitzbürgerlichen, NS-nostalgischen Altherrenpartei zu einer jugendlichen, dynamischen Bewegung gewandelt, die sich als revolutionär und antikapitalistisch versteht.

Wahlerfolge rechtsextremer Parteien sind nicht mehr das kurzlebige Ergebnis von Protestwahlen. Vielmehr ist es der NPD im Bündnis mit den neonazistischen Freien Kameradschaften gelungen, sich dauerhaft in Teilen der Bevölkerung zu verankern. Für Teile des so genannten "abgehängten Prekariats" und des von sozialem Abstieg bedrohten Kleinbürgertums ist die NPD eine legitime Wahloption geworden. Systematisch baut die NPD ihre Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu Kadern und Kommandozentralen für die weitere Ausdehnung der Partei auf.

Selbst auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung wird vor einer Faschisierung der ostdeutschen Provinz gewarnt. Das Anfang der 90er Jahre geprägte rechte Schlagwort von den "National befreiten Zonen" ist in einigen strukturschwachen ostdeutschen Gebieten zur Realität geworden. Hier gelten Freiheiten und Grundrechte heute nur noch eingeschränkt. Rechte Jugendcliquen geben vor, was auf der Straße erlaubt ist und was nicht. Migranten, Punks, aktive Antifaschisten müssen immer öfter dem Druck weichen und die Gegend verlassen. In den Köpfen der Bevölkerung herrscht weit über die Wählerschaft der NPD hinaus ein völkisches Weltbild. Neonazis engagieren sich in Vereinen, vom Sport bis hin zur heimatlichen Brauchtumpflege.

Den neuesten Schritt, den Neofaschismus zu institutionalisieren, plant die NPD nun, indem sie ihre Anhänger dazu aufruft, sich als Schöffen in Gerichten

aufstellen zu lassen, mit der erklärten Absicht, vor allem Urteile gegen Linke und nichtdeutsche Angeklagte zu verschärfen.

Versagen der Linken macht den Rechtsextremismus stark

Es ist eine Frage der Zeit, wann den Neofaschisten auch in ähnlich strukturierten Regionen Westdeutschlands der Durchbruch gelingt. Nach den neuesten Zahlen aus dem Bundesinnenministerium hat es auch im Jahr 2007 wieder fast 18.000 rechtsextreme Straftaten gegeben, das sind nur unwesentlich weniger als im Vorjahr. Dass die Zahlen politisch gefärbt sind und die reale Zahl noch viel höher liegt, scheint mir offensichtlich.

Auch die Linken haben mit einer verfehlten Politik ihren Anteil an dieser Entwicklung. NPD-Chefideologe Jürgen Gansel analysiert, die Linke habe die soziale Frage zugunsten von inhaltsleerem Machtopportunismus aufgegeben und den Nationalisten überlassen. Auf SPD und Grüne trifft das uneingeschränkt zu, aber auch die LINKE muss sich, wo sie an der Regierung war oder noch ist, Vorwürfe machen lassen. So hat eine Kleine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus ergeben, dass im vorigen Jahr über 680 Menschen in Berlin von Zwangsumzügen betroffen waren. Diejenigen, die schon vor einer amtlichen Aufforderung die Koffer packen, sind da noch gar nicht mitgezählt.

Wenn Mitglieder der Dresdner Linksfraktion kommunale Wohnungen an Heuschreckenfonds verschern helfen, darf sie sich nicht wundern, wenn sich Neofaschisten mit ihrer nationalen Demagogie als Rächer der kleinen Leute und als einzige Opposition gegen die neoliberale Globalisierung präsentieren können.

Bei allen Forderungen nach staatlichem Vorgehen gegen Neofaschisten muss gelten: Keine Einschränkung von Grundrechten im Namen des Antifaschismus. Denn solche Einschränkungen fallen schnell auf die Linke zurück. Die vorhandenen Gesetze reichen allemal aus, um gegen den verbrecherischen Faschismus vorzugehen – wenn der Staat dies wirklich wollte.

Deshalb ist es eine böse Falle, wenn die bayerische Staatsregierung argumentiert, das Versammlungsgesetz deswegen zu verschärfen, um besser gegen Nazidemos vorgehen zu können. Was dabei herauskommt, ist nur eine verbreiterte Möglichkeit für staatliche Willkür. Es ist doch gar nicht einzusehen, dass die bayerischen Ordnungsbehörden demnächst das Recht haben sollen, selbst geschlossene Saalveranstaltungen zu kontrollieren und ggf. zu verhindern, lange bevor es zu Straftaten kommt.

Am Schluss will ich auf einige Stichworte zu sprechen kommen, wie wir den Widerstand gegen diese Entwicklungen, gegen Demokratieabbau und Neofaschismus, voranbringen können. Als Parlamentsabgeordnete kann es nicht meine Aufgabe sein, außerpar-

lamentarischen Gruppierungen Ratschläge zu erteilen. Mir geht es mit meiner Arbeit im Bundestag vor allem darum, dem außerparlamentarischen Widerstand eine Vertretung im Parlament zu geben und ihm Unterstützung zu gewähren.

Die Möglichkeiten, die ich als Bundestagsabgeordnete habe, sind reichlich beschränkt. Nicht nur, weil dort die bekannten Mehrheitsverhältnisse herrschen; sondern weil die Regierung auch sämtliche Register zieht, um Skandale unter den Teppich zu kehren und Zahlen zu verschweigen. Dennoch gelingt es immer wieder, zum Beispiel mit Kleinen Anfragen, auszuloten, wie Demokratieabbau und Neofaschismus im Alltag aussehen und welche Dimensionen sie annehmen. Auf diese Art können wir herausfinden, wie viele Soldaten waren genau mit welcher Aufgabe bei der Münchner Sicherheitskonferenz; wie viele Nazi-Aufmärsche gibt es genau; welche Daten tauscht das Bundeskriminalamt mit ausländischen Behörden aus; wie viele Flüchtlinge aus welchen Ländern werden anerkannt bzw. abgeschoben. Solche Anfragen erstellen wir häufig gemeinsam mit außerparlamentarischen Organisationen, und grundsätzlich sind alle eingeladen, weitere Vorschläge zu entwickeln.

Entscheidend ist der außerparlamentarische Kampf gegen Rechts

Die parlamentarische Arbeit ist wichtig, aber entscheidend ist aus meiner Sicht die außerparlamentarische Arbeit. Und, um noch einmal auf die erwähnten Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zu sprechen zu kommen: Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Verfassungsrichter uns auf Dauer vor Schäuble in Schutz nehmen werden.

Grundrechte müssen, wie alle Rechte, erkämpft werden; und auch ihre Erhaltung ist etwas, das einem nicht von Gerichten gewährt wird, sondern wofür man kämpfen muss.

Dazu halte ich es für notwendig, breite demokratische Bündnisse zu schaffen – von der autonomen Antifa über die VVN, MigrantInnenvereine, Gewerkschaften und Sozialistinnen und Sozialisten bis hin zu kirchlichen Kreisen. Auch die Basis von SPD und Grünen müssen wir einbeziehen. Mit solchen Bündnissen müssen wir die Faschisten überall dort blockieren, wo sie marschieren wollen, wo sie Immobilien erwerben und mit blankem Terror "national befreite Zonen" errichten wollen.

Unvereinbarkeitbeschlüsse, wie sie derzeit auch innerhalb der Linken vor allem mit Blick auf die DKP diskutiert werden, sind unbedingt abzulehnen; denn sie sind Gift für den linken Widerstand.

Wenn die Linke konsequent antikapitalistisch auftritt und die soziale Frage wieder zu ihrem Kernthema macht, hat sie den Kampf gegen den Faschismus schon zur Hälfte gewonnen. Dabei dürfen wir nicht den populistischen Fehler begehen, den Kampf für die Gleichberechtigung der Frau, für die Rechte von Homosexuellen und Migrantinnen und Migranten

zum Nebenwiderspruch zu erklären. Denn nur, wenn wir konsequent gegen jede rassistische oder sexistische Unterdrückung eintreten, können wir auch den Faschismus in den Köpfen der Menschen besiegen.

Es gibt ja vielversprechende Ansätze für breite Bewegungen, wie etwa die Massenklage gegen die Vorratsdatenspeicherung, an der sich Zehntausende von Menschen beteiligen. Was aus meiner Sicht vor allem fehlt, ist, dass sich kritische Stimmen öfter heraus vom Wohnzimmer auf die Straße bewegen. Wenn man das erreichen will, muss man den Leuten klarmachen, dass es nicht um abstrakte Politikthemen geht, sondern um ihre ureigenen, sozialen und demokratischen Interessen.

Zu ergänzen ist bei diesem Thema, dass der Staat schon heute kein Monopol auf Grundrechtsverletzungen hat. Das haben wir ja erst vor kurzem gesehen, als herauskam, dass Lidl seine Angestellten penibel überwacht und sogar mitgezählt hat, wer wie oft auf die Toilette geht. Die Firmenreaktion war bezeichnend: Wir wahren nicht, sondern es war die Detektivfirma

Ich habe versucht, aufzuzeigen, dass Neoliberalismus, Demokratieabbau und Neofaschismus eng miteinander zusammenhängen. Diese Verknüpfung auch breiten Bevölkerungskreisen zu verdeutlichen, halte ich für den richtigen Ansatz, um aus Umfragemeinungen auch machtvolle Bewegungen werden zu lassen.

Ulla Jelpke, Diplom-Psychologin,
ist Mitglied des Bundestages und Innenpolitische
Sprecherin der Fraktion Die Linke.



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

<http://www.isw-muenchen.de>

ISSN: 1614-9289